

Avant



Zeitung des RSB/IV. Internationale

SEL, Daimler, Porsche:

Schafft zwei, drei, viele Streiks gegen Riesters Rentendemontage

Außerdem:

Renten • PDS • SPD • ÖTV-Gewerkschaftstag • Gewerkschaftslinken • Euromarsch nach Nizza • Deutsche Leitkultur • Atommacht BRD? • Jugoslawien • Imperialistische UNO • Mumia • Delegiertenkonferenz des RSB

INHALT

● Innen	
PDS	4-6
SPD	7
● Betrieb & Gewerkschaft	
ÖTV - Gewerkschaftstag	8-9
Gewerkschaftslinken	10
● Schwerpunkt	
Rentendeform	3 und 11-14
● Euromarsch	
Aufruf nach Nizza	15
● Antifa	
Doitsche Leitkultur	16-17
● Rüstung	
Atomkraft BRD?	18-19
● International	
UNO	20-21
Jugoslawien	22
Mumia	24
● Aus dem RSB	
7. Delegiertenkonferenz	23



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der *Avanti* steht die geplante Rentendemontage der Bundesregierung im Mittelpunkt. Besonders erfreulich sind erste Streiks, die gegen Schröders & Riesters Vorhaben stattgefunden haben. Unter Betrieb & Gewerkschaft setzen wir uns außerdem mit dem Gewerkschaftstag der ÖTV auseinander. Wir bewerten die Entwicklung der größten Partei der sozialistischen Linken, der PDS, nach ihrem Parteitag in Cottbus. Unter der Rubrik Antifaschismus findet ihr eine Auseinandersetzung mit der "deutschen Leitkultur". Es folgt ein Artikel über Atomwaffen in der BRD. Im internationalen Teil gehen wir noch einmal auf Jugoslawien ein, auf Mumia und das Verhältnis der UNO zum Imperialismus. Last, but not least berichten wir über die 7. Delegiertenkonferenz des RSB.

Viel Spaß beim Lesen wünscht eure Redaktion.

SPENDENAUFTRUF

Liebe Leserin, lieber Leser der *Avanti*,

auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für den Aufbau des RSB/IV. Internationale und die Zukunft des revolutionären Marxismus.

Spenden an: RSB/IV. Internationale, Volksbank Hameln-Pyrmont eG, Ktnr.: 540 66 76 00; BLZ: 254 621 60, Stichwort: "Spendenauftrag"

KONTAKTE

RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; Telefon und Fax: 0621/1564046; e-Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de
("Links" zu Organisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

Berlin: RSB, Postfach 170116, 10203 Berlin; **Bonn:** RSB, c/o Buchladen 'La Sabot', Breite Strasse 76, 53111 Bonn; **Essen:** RSB, PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **Hamburg:** Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **Karlsruhe:** RSB, c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof, Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **Köln:** RSB, Ludolf-Camphausen-Strasse 36, 50672 Köln; **Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **Mainz:** Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **Marburg:** RSB, c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **München:** RSB, c/o "Linke Projekte", Gravelottestraße 6, 81667 München; **Oberhausen:** A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **Trier:** RSB, c/o Infoladen Trier, Eberhardstrasse 28, 54290 Trier; **Wiesbaden:** RSB, c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden; **Wuppertal:** RSB, c/o Infoladen Wuppertal, Brunnenstrasse 41, 42105 Wuppertal

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

IMPRESSUM: *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Heiko Freund, joe hill, Peter H. Kreitz, Albert C. Rosner, mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

SEL, Daimler, Porsche:

Schafft zwei, drei, viele Streiks gegen die Rentendemontage!

Schröder, Fischer und Riester haben es eilig. Ursprünglich auf März 2001 angesetzt soll ihr neues Rentengesetz am 18. Januar im Bundestag verabschiedet werden. Damit würde die paritätische Rentenversicherung, Hälfte "Arbeitnehmer"/Hälfte "Arbeitgeber", aufgehoben. Die Lohnabhängigen werden gezwungen, eine private Altersvorsorge aufzubauen.

Die Rentenpläne der Bundesregierung sind der Einstieg in den Ausstieg aus dem System der „paritätisch finanzierten“ Sozialversicherung. Denn wenn die Rentenversicherung überwiegend von der ArbeiterInnenklasse bezahlt werden muss, werden Kranken- und Arbeitslosenversicherung bald folgen.

NEOLIBERALISMUS PUR

Als vor zwei Jahren die Regierung SPD/Grüne angetreten ist, haben viele von "wirklichen Reformen" oder zumindest von "Besitzstandswahrung" geträumt. Heute ist die Bilanz eindeutig: Die Lohnkosten der Kapitaleigner werden gesenkt, den Versicherungskonzernen werden neue Gewinnmöglichkeiten erschlossen. Das ist kapitalistischer Neoliberalismus pur.

Nie zuvor – auch nicht unter Kohl – hat es solch einen drastischen Einschnitt in das Sozialsystem der BRD gegeben. Blüm hätte nie gewagt, was der "Metaller" Riester durchzieht. Und das Kapital weiß ganz genau, was es an "Rot/Grün" hat. Hilmar Kopper, ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank erklärte am 4. 11. 99 dem *Hamburger Abendblatt*: "Wenn Sie mich vor anderthalb Jahren gefragt hätten, ob ich mir eine aktive Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg auf dem Balkan unter einer rot-grünen Regierung vorstellen könnte, dann hätte ich Sie für nicht ganz gescheit gehalten. Genauso aber kam es. Und es konnte nur von einer rot-grünen Regierung kommen. Sonst hätten wir in diesem Land eine Revolution gehabt. Ähnliches gilt wohl auch für die Veränderung des Sozialstaates. Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren". Die Regierung SPD/Grüne ist die beste Regierung für das Kapital.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE AMWERK

Aber Schröder/Fischer würden nicht reichen, um die Rentenpläne durchzusetzen. Sie brauchen "Transmissionsriemen", die ihre Politik unter den Lohnabhängigen umsetzen und die ArbeiterInnenklasse stillhalten. Dieser Transmissionsriemen ist die Gewerkschaftsbürokratie. Während sie ihre eigene soziale Frage schon längst gelöst hat, tun sie für ihre sozialdemokratischen Regierungsfreunde alles, damit die Proteste nur papierene Erklärungen bleiben. Zwickel und Riester sitzen zwar in verschiedenen Funktionen, aber sie gehören zur gleichen "politischen Klasse". Da die Gewerkschaftsbürokratie ihre eigenen sozialen Interessen verteidigt, aber nicht unsere, muss in den Gewerkschaften eine Alternative aufgebaut werden. Die kritischen GewerkschafterInnen müssen sich zusammenschließen und eine organisierte Oppositionsströmung gegen die Stillhaltepolitik Zwickels aufbauen. Dabei muss im Mittelpunkt die bedingungslose Verteidigung des Lebensstandards der Lohnabhängigen stehen.

EIN BEISPIEL MACHT SCHULE

Am 25. Oktober legten 700 KollegInnen von SEL-Alcatel in Stuttgart die Arbeit gegen die Rentendemontage Schröder-Riesters nieder. Am 13.11. protestierten 15.000 KollegInnen von Daimler-Chrysler in Sindelfingen gegen befristete Arbeitsverträge und die Rentenpläne. Am 16.11. traten 3.000 KollegInnen von Porsche Zuffenhausen gegen den Rentenklau für eine Stunde in Streik. In den bürgerlichen Medien wurden die Arbeitsniederlegungen (außer Daimler-Chrysler, weil hier die Aktion einfach zu groß war) totgeschwiegen. Aus gutem Grund: Sie wissen

genau, dass die Streiks der Belegschaften, die Aktion der ArbeiterInnenklasse, Schröders Rentendemontage verhindern können.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ARBEITERINNENPARTEI

Die SPD ist nicht mehr sozial. Die SPD ist nicht mehr demokratisch. Sie ist eine ganz gewöhnliche kapitalistische Partei geworden. In der BRD gibt es 400.000 Kapitaleigner, für die die Regierung und die herrschenden Parteien Politik machen. Die 41.000.000 Lohnabhängigen haben dagegen keine Partei, die konsequent ihre Klasseninteressen vertritt und entsprechende Breitenwirkung erzielt. Eine solche Sozialistische ArbeiterInnenpartei ist nicht nur notwendig, sie ist überfällig. Sie muss eindeutig gegen Schröders Rentendemontage und die neoliberale Regierungspolitik Stellung beziehen:

Keine Absenkung des Rentenniveaus!

Keine Privatisierung der Altersvorsorge!

Automatische Rentenanpassung an die Preissteigerungen!

Gesetzliches Mindesteinkommen von 1.500 DM + Warmmiete!

Generalstreik gegen Rentendemontage!

Ein umfassendes Aktionsprogramm wird weitere Forderungen berücksichtigen. Dabei darf eine sozialistische ArbeiterInnenpartei ihre Antworten nicht auf das vermeintlich Machbare beschränken. Sie muss mit ihren Lösungen den Kapitalismus in Frage stellen und für eine Rätedemokratie mit ArbeiterInnenselbstverwaltung eintreten.

*Politisches Sekretariat des RSB
22. 11.00.*

Friede, Freude, Eierkuchen ?

Hat Cottbus Münster vergessen gemacht ?

Der 7. Ordentliche Parteitag der PDS, Mitte Oktober 2000 in Cottbus, könnte in die Parteigeschichte als "Parteitag der Harmonie" eingehen. Es wurde gesungen und geschunkelt bis sich die Balken bogen, es wurden Teddybären verschenkt und rote Socken gestrickt. Das, lt. Äußerungen einiger Vorstände so bezeichnete, "Debakel von Münster", schien vergessen.

Es war aber auch ein Parteitag mit einer gewissen historischen Zäsur. Mit dem Ausscheiden der langjährigen Führungsfiguren Gysi und Bisky, vollzog sich in der PDS-Führung ein gewisser Generationswechsel. Eine Änderung der Entwicklung von einer konsequent sozialistischen Opposition, hin zu einer Partei der Mitgestaltung und Mitverwaltung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, wird es mit den neuen Führungskräften Zimmer und Claus aber nicht geben.

Schon die Ereignisse der 4 Wochen, die dem Parteitag folgten, zeigen dies nur überdeutlich. Da wird von der neuen Vorsitzenden Zimmer scheinbar unvermittelt eine Diskussion um die Frage eines positiven Bekenntnisses zu Deutschland losgetreten, ohne das man sich der Brisanz einer solchen Diskussion angesichts der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert bewusst ist und vor allem vor dem Hintergrund der rechtsextremistischen Entwicklung von heute. Da wird von der Berliner Landesvorsitzenden Pau eine Debatte über Einwanderungsregelungen entfacht, wo das deutsche Kapital gerade diese Frage nutzt, um sich ein neues Arbeitskräftepotential für hochqualifizierte Tätigkeiten zu erschließen, auf der anderen Seite aber die weitere Aushöhlung des Asylrechts betreibt und so die öffentliche Debatte auf die Frage "nützlicher" und "unnützlicher" Immigranten zuspitzt.

Da werden innerparteiliche Kritiker dieser Diskussionen ganz schnell in die Ecke ewiger Nörgler und Meckerer gepackt, ganz im Stil alter SED-Apparatschiks. Da freut man sich schließlich auf eine schrittweise Anerkennung durch die CDU, so als ob man mit einem Ritterschlag nun endlich die Weihen der bürgerlichen Demokratie empfangen hat.

Zufall sind diese Diskussionen allerdings nicht. Sie sind Teil einer gezielten Strategie des Apparat-Flügels der PDS, um seinen Kurs der Integration in das bürger-

lich-parlamentarische System weiter voranzutreiben und die innerparteilichen Kritiker zu isolieren. Dabei ist man sich durchaus der Widersprüche zwischen immer noch großen Teilen der Basis, die diesem Kurs kritisch gegenüberstehen und der Mehrheit der PDS-Stammwählerschaft in Ostdeutschland bewusst und versucht diese auszunutzen. Man hofft dabei auch auf eine mittelfristige Alterslösung. Der neue Fraktionschef

Mitgliedschaft. Hier ist es vor allem die jüngere und mittlere Generation, die sich schon aus beruflich-existenziellen Gründen mit dem kapitalistischen System arrangieren muss und bei denen in großen Teilen zwar eine antikapitalistische Grundhaltung besteht, sie aber auf der anderen Seite, angesichts des Niedergangs des bürokratischen Staatssozialismus und des scheinbaren Siegeszuges des Kapitalismus, kaum noch systemüberwindende



Claus verkündet schon jetzt dass sich die PDS durch die Überalterung weiter in der Mitgliederzahl verringern wird und sie so zunehmend von einer "Mitgliederpartei" zu einer "Wählerpartei" wird.

In der Mitgliedschaft, die immer noch zu über 80 Prozent aus ehemaligen SED-Genossinnen und Genossen besteht, ist die Skepsis gegenüber diesem Integrationskurs immer noch sehr groß. Dazu ist ihre Verbundenheit mit der verflochtenen DDR, die für sie der politische Lebensinhalt war, zu groß und die Wunden, die ihnen politisch, moralisch und rechtlich durch das BRD-Regime zugefügt wurden, zu tief.

Die Wählerschaft der PDS ist dagegen weit heterogener zusammengesetzt als die

Alternativen sehen. Dieses Phänomen findet immer wieder seinen Niederschlag in diversen Umfragen in Ostdeutschland, in denen man z. B. positiv zu betriebswirtschaftlicher Rentabilität steht, andererseits aber den Verlust betrieblicher Sozialeinrichtungen aus DDR-Zeiten beklagt.

DIE SCHWÄCHEN DER KRITIKER

Die kritische Haltung großer Teile der Basis findet ihren Ausdruck u.a. in Diskussionsbeiträgen von Vertretern des Marxistischen Forums oder z.T. auch der Kommunistischen Plattform. Diese organisierten Zusammenschlüsse in der Partei sind aber im Kern der wirklich Aktiven sehr klein und dürften maximal jeweils höchstens

tausend Genossinnen und Genossen umfassen. Dabei schlägt sich die immer noch starke Überalterung der Partei negativ nieder, welche den Aktivitätsgrad vieler Basismitglieder zunehmend einschränkt.

Ohne sich hier inhaltlich mit der Kritik des MF bzw. der KPF auseinanderzusetzen,



zen, ist festzustellen, dass wirklicher Konfrontation mit dem Apparat-Flügel bei Zuspitzungen der Diskussionen ausgewichen wird. Damit will man offensichtlich einerseits den Bestrebungen einer Isolierung innerhalb der Partei entgegenwirken, andererseits dem bürgerlichen Lager keine neue Munition über die "unbelehrbaren" Kommunisten innerhalb der PDS liefern und bestärkt somit indirekt den Integrationskurs der Führung.

Eine Zuspitzung scheut man aber auch aus noch einem anderen Grund. Würde diese z.B. in der weiter laufenden Programmdiskussion zum offenen Bruch führen, müsste man sich praktisch links von der PDS neu organisieren. Für eine solche sozialistische Linkspartei sieht die große Mehrheit dieser Genossen bei der heutigen Situation der Klassenkämpfe und des Klassenbewusstseins in Deutschland kaum eine Chance, eine Massenpartei zu werden und befürchtet mehr oder weniger isoliert am Rande der Gesellschaft zu stehen.

DIE LEHRE VON MÜNSTER

Der Apparat-Flügel hat aber die Lehren aus der Niederlage von Münster gezogen. Zunächst ging man daran, sich anlog zu den Zusammenschlüssen der Kritiker ein innerparteiliches Forum zu schaffen. Dieses "Netzwerk der Demokratische Linken" ist allerdings bis auf einige Foren bisher kaum in Erscheinung getreten, soll aber offensichtlich besonders in der noch weiter laufenden Programmdiskussion

eine organisatorische und ideologische Reservedivision der Parteiführung bilden.

Weiterhin hat man in den Untergliederungen mehr oder weniger sanft versucht, die Zusammensetzung der Parteitage-delegierten zu ändern. Das ist laut Bericht der Mandatsprüfungskommission durch-

aus gelungen. Von den 455 Delegierten hatte 237 ein Abgeordnetenmandat, davon 57 im Bundestag bzw. in Landtagen, 47 waren bei der PDS beschäftigt, 312 haben eine Parteifunktion davon nur 59 in einer B a s i s -organisation. Die Parteibasis war also deutlich unterrepräsentiert. In

der sozialen Struktur waren die sogenannten "Selbständigen" mit 17,6 % vertreten, während diese Gruppe in der Mitgliedschaft lediglich zwischen 6 und 8 % ausmacht.

Bezeichnend war auch dass Harald Werner, als Vertreter der „AG Betrieb und Gewerkschaften“, (der m.E. die beste Vorstellungsrede hielt) mit der niedrigsten Stimmenzahl in den Vorstand gewählt wurde.

Schließlich wurde der Parteitag gezielt und straff durch den Apparat um Geschäftsführer Bartsch vorbereitet. Der Zeitplan war sehr gestrafft, eine Weiterführung der Programmdiskussion wurde bewusst vertagt.

So kann der Apparat-Flügel gestärkt aus dem Cottbuser Parteitag hervorgehen. Die danach losgetretenen Diskussionen zeigen, dass der Kurs der Anpassung an das bürgerlich-parlamentarische System weiter forciert werden soll. Die marxistischen Kräfte in der PDS müssen sich entscheiden ob sie in der Programmdiskussion in die Offensive gehen wollen, ohne Angst vor einem organisatorischen Bruch.

Dazu brauchen sie aber eine bessere organisatorische Koordination und Zusammenarbeit, müssten aus den Zirkeln und Foren herauskommen und vor allem jüngere Mitglieder und Sympathisanten aktiv ansprechen.

Tun sie es nicht, könnte die Programmdiskussion ihr wirklich letztes Gefecht werden.

Kurzmeldungen

Operation statt Pille: Wegen niedriger Honorarsätze beim Einsatz der Abtreibungspille Mifegyne ist der Umsatz für die Herstellerfirma zu gering. Die Pille soll nach knapp einem Jahr wieder vom deutschen Markt verschwinden. Damit verschwindet auch eine mühsam erkämpfte Alternative zur chirurgischen Abtreibungspraxis. In Frankreich gibt es diese Alternative seit 1988, ohne dass Ärzte oder Pharmaindustrie in den Ruin getrieben wurden.

Altersarmutsprogramm: Eine eigenständige Alterssicherung für Frauen ist bei der Rentenreform nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Die Witwenrente soll von 60 auf 55% gesenkt werden, der angerechnete Freibetrag vom eigenen Einkommen wird eingefroren und künftig werden auch Vermögenseinkommen berücksichtigt. Zudem müssen Frauen wegen ihrer statistisch längeren Lebenserwartung mehr Geld für die private Zusatzversorgung aufbringen. Geht es nach den Plänen der Bundesregierung, werden angesichts der niedrigen Löhne in "Frauenberufen" die meisten erwerbstätigen Frauen im Alter kaum über den Sozialhilfesatz hinauskommen.

Gewalt gegen Frauen: Erstmals wurde der UN-Weltbevölkerungsbericht geschlechtsbezogen gestaltet - die Ergebnisse sind erschreckend: Jede dritte Frau wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Vergewaltigung oder Misshandlung, zwei Drittel aller Armen und AnalphabetInnen sind weiblich. Zwei Millionen Mädchen zwischen fünf und fünfzehn Jahren werden zur Prostitution gezwungen, 5000 Frauen werden jährlich wegen sexueller "Vergehen" ermordet, 78.000 sterben an unsachgemäß durchgeführten illegalen Abtreibungen.

Hunger: 826 Millionen Menschen, fast ein Sechstel der Weltbevölkerung, hungern. Am schlimmsten betroffen ist Afrika, wo in den meisten Regionen 40 bis 50% der Bevölkerung unterernährt sind. Die UN-Welternährungsorganisation FAO fordert zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers, andernfalls könne das von der UNO verkündete Ziel, den Anteil der Hungernden bis 2015 auf "nur" noch 7-8% zu reduzieren, nicht erreicht werden.

PDS

Zwischen Nationalismus und Antifaschismus

Mit ihrem Parteitag in Cottbus hat die PDS offensichtlich einen neuen Rechtsschwenk eingeleitet. Sie versucht "rechte" Themen von "links" zu besetzen.

Wer in dem Münsteraner Parteitag der PDS einen großen Sieg der Parteilinken sah oder irgendwelche Hoffnungen mit der designierten Parteivorsitzenden Zimmer verband, hat sich schwer getäuscht. Der Rechtskurs der Parteiführung, des Parteiapparates und in ihrem Schlepptau eines erheblichen Teils der Parteibasis hält ungebremst an.

REGIERUNGSFÄHIGKEIT

So ungewiß es ist, ob die PDS in den nächsten Bundestag einzieht, ob SPD-Grüne die Regierung stellen werden und dazu die Unterstützung der PDS überhaupt brauchen, so sicher bereitet sich die PDS auf eine Regierungsbeteiligung bzw. Tolerierung vor. Der Eintritt in die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern war dafür nur die Generalprobe. Seitdem ist die PDS Teil des Hauptprojektes der Kapitaleigner, des Bündnis für Arbeit und Wettbewerb. Wie die Regierungsbeteiligung auf Landesebene diejenige auf Bundesebene nachzieht, so musste eine Neubewertung militärischer Auslandseinsätze in der Parteiführung zu einer Neubewertung "Deutschlands" führen. Dass ist ein Grund für das von keinem Gremium beschlossene Motto des Cottbusser Parteitags "Dass ein gutes Deutschland blühe".

HINZUM 4. AUGUST 1914

Seitdem ist in der PDS eine "Deutschlanddebatte" ausgebrochen. Die neue Vorsitzende Zimmer erklärte in der TAZ: "Ich liebe Deutschland". Und: "Die meisten Linken definieren sich bis heute meistens außerhalb oder gegen Deutschland, gegen die Nation. Genau das will ich ändern. Ich muss doch nicht unbedingt ein Land bekämpfen, wenn ich die Verhältnisse in ihm ändern will". Und während Zimmer beschreibt, "wie schön es ist, mit dem Segelflugzeug über die Hessische Rhön zu fliegen" geben Gysi, Bartsch und Dehm ähnliche Platitüden ab. Dehm: "Wer sagt, er liebe Deutschland, der liebt doch nicht gleichzeitig die Herrschenden".

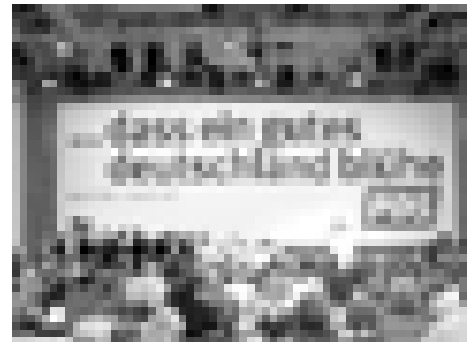
In Wirklichkeit geht es einzig und allein um den Klassencharakter des Staates BRD. Niemand aus der PDS-Parteiführung hat auch nur ansatzweise ein marxistisches Staatsverständnis. Für die PDS-Parteiführung ist der Staat "neutral". Ihn müsse die Linke in Besitz nehmen und zu ihrem Werkzeug machen. Dagegen ist für revolutionäre MarxistInnen der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse, muss in einer Revolution zerschlagen und durch ein Räteystem ersetzt werden. Indem die Parteileitung sich positiv zu "Deutschland" bekennt, bekennt sie sich zum kapitalistischen Staat. Indem sie in der "nationalen Frage" nicht zwischen unterdrückten Nationen und unterdrückenden unterscheidet, stellt sie sich auf die Seite des BRD-Imperialismus. Dieser Weg führt direkt zum 4. August 1914. (An diesem Tag billigte die SPD im Reichstag die Kriegskredite und unterstützte somit den I. Weltkrieg.)

MEHR ALS EIN RECHTSKURS

Die PDS rückt aber nicht nur weiter nach rechts. Die Parteileitung versucht gezielt "rechte" Themen und Begriffe von "links" zu besetzen und umzudefinieren. Neben der Berufung auf "Deutschland" und die "Nation" vertreten bekanntlich Teile des Parteiapparats eine "völkische Kapitalismuskritik", die sich gegen "Spekulation" richtet, nicht aber gegen die Kapitaleigner als Klasse. Jetzt forderte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Pau statt offener Grenzen sogar Kriterien für Einwanderung.

Die PDS passt sich damit gezielt der rechten Alltagskultur in Ostdeutschland an, die unter Jugendlichen stark verbreitet ist. Neu sind solche politischen Wendungen in der PDS-Vorgeschichte nicht. Hier sei nur an den Nationalkommunismus der KPD im Jahre 1931 erinnert. Damals versuchte die KPD den Nazis das Wasser abzugraben, indem sie deren Begriffe übernahm. Aus der "proletarischen Revolution" wurde die "Volksrevolution", die die "nationale Befreiung" bringen sollte. Das ganze endete im "roten Volksentscheid",

als die KPD gemeinsam mit der NSDAP de facto eine Einheitsfront einging, um die sozialdemokratische Preußenregierung abzusetzen. Der Volksentscheid scheiterte, aber das Misstrauen der sozialdemokratischen ArbeiterInnen gegenüber den KommunistInnen wuchs enorm an.



Die Lage in der BRD ist heute sicherlich völlig anders als im damaligen Preußen. Aber der Versuch der PDS "rechte" Begriffe und Themen von "links" zu besetzen, wird nicht etwa den Rassismus und Faschismus schwächen, sondern unweigerlich begünstigen. Die zersetzenden Rückwirkungen der nationalistischen PDS-Kampagne auf das noch vorhandene Klassenbewusstsein ihrer eigenen StammwählerInnen und ihrer Mitgliederbasis können erheblich sein. Nicht zufällig kommt der Nationalismus der PDS zum jetzigen Zeitpunkt hoch. Einerseits führen CDU und CSU ebenfalls eine nationalistische Kampagne für "deutsche Leitkultur", "Patriotismus" und "Vaterland". Auch sie versuchen den FaschistInnen und extremen NationalistInnen die Begriffe zu nehmen. Der Nationalismus aller Seiten potenziert sich und macht eine weitere Rechtsentwicklung des politischen Spektrums möglich. Andererseits läuft gerade die breiteste antifaschistische Bewegung seit langem über die Straßen. Auch daran ist die PDS beteiligt. Wie lange wird sie den Spagat zwischen Nationalismus und Antifaschismus aushalten können? Erste Austritte sind bereits erfolgt. Weitere werden folgen.

B. B.

Die SPD und das NPD-Verbot

Ein Verbotantrag der Bundesregierung gegen die NPD entspräche nicht nur den Wünschen des Kapitals, sondern auch wahlstrategischen Überlegungen der SPD.

Als Regierungspartei muß und will die SPD die Wünsche der Kapitaleigner erfüllen. Wenn die Industrie die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte wünscht, ist das für die Sozialdemokratie ein Befehl. Von daher erklärt sich die Durchsetzung der Greencard. Selbst die CSU muß sich bei der starken Industrieansiedlung in Bayern auf den Boden der Forderungen der Kapitalverbände stellen und ist nicht mehr allgemein gegen Einwanderungen. Die Bundesregierung hat sogar die Offensive gegen die FaschistInnen ergriffen, die bei ihren rassistischen Angriffen nun einmal nicht zwischen hochqualifizierten und weniger qualifizierten "AusländerInnen" unterscheiden. Sie setzt dabei nicht allein auf die Staatsgewalt, sondern sucht Teile der Bevölkerung gegen den Faschismus zu mobilisieren. In den Wünschen des Kapitals liegt aber nur *ein* Grund für den bürgerlichen Antifaschismus der Sozialdemokratie. Ein anderer liegt in (wahl)strategischen Überlegungen der SPD, wie CDU und CSU langfristig am Wirkungsvollsten bekämpft d.h. von der Regierungsverantwortung ferngehalten werden können.

LANGJÄHRIGER RECHTSSTREIT?

Ein NPD-Verbot ist nicht von heute auf morgen umsetzbar. Ihm wird eine längere juristische Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht vorausgehen, die vielleicht sogar Jahre andauert. Das kann der SPD nur recht sein. Ein langer Rechtsstreit wird jederzeit die Themen Faschismus und Rassismus für die bürgerliche Medien abrufbar machen. CDU und CSU täten sich schwer, Kampagnen wie in NRW "Kinder statt Inder" zu wiederholen, wenn gleichzeitig die Bildzeitung die NPD für ihre rassistischen Parolen brandmarken würde. Vergessen wir nicht, dass in

Frankreich die SozialistInnen anfangs sogar die Front National Le Pens gefördert haben, um damit die konservative Opposition besser bekämpfen zu können. Demge-



genüber befindet sich die SPD in einer verhältnismäßig bequemen Position.

Nun haben CDU und CSU eine Kampagne für "Patriotismus" und "Vaterland" beschlossen. Einmal angekurbelt, wäre ihre Wirkung auf die WählerInnen verheerend. In Ostdeutschland, wo die CDU stark ist und die PDS die Themen "Deutschland" und "Nation" ebenfalls von "links" besetzen will, könnten sie damit zusammen sogar die Mehrheit der WählerInnen vereinigen. Doch zum einen ist eine solche Kampagne in einem vereinigten Europa des Kapitals anachronistisch. Zum anderen werden die ChristdemokratInnen die SPD und Grünen mit ihrem imperialistischen Balkankrieg wohl schwerlich in Sachen Nationalismus übertrumpfen können. Ob unter solchen Umständen der CDU-Wahlsieg von Hessen bundesweit wiederholbar ist? Schon in NRW ist die CDU mit ihrer rassistischen Kampagne, unter geänderten politischen Rahmenbedingungen, gescheitert.

B.B.

Neu bei ISP

Ernest Mandel
Macht und Geld
Eine marxistische Theorie der Bürokratie
318 S., gebunden
DM 42,00/öS 307,00/SFr 40,00
ISBN3-929008-73-4

Enzo Traverso
Nach Auschwitz
Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords
220 S., DM/SFr 29,80/öS 218,00
ISBN3-929008-22-X

Eric Toussaint
Profit oder Leben
Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise
317 S.
DM 39,80/öS 291,00/SFr 38,80
ISBN3-929008-47-5

Karl Radek in der
"Russischen Korrespondenz"
1921-22
Bibliothek des anderen Buchladen 35
108 S., DM/SFr 15,00/öS 110,00
ISBN3-929008-06-8

Clara Zetkin
Erinnerungen an Lenin
Bibliothek des anderen Buchladen 17
124 S., DM/SFr 20,00/öS 146,00
ISBN3-929008-17-1

Neuer ISP Verlag

Marienstraße 15
76137 Karlsruhe
Tel. (0721) 3 11 83, Fax 3 1250

Jetzt sind sie verrückt geworden!

So oder so ähnlich haben viele Kolleginnen und Kollegen gedacht als täglich neue, scheinbar sich widersprechende Hiobsbotschaften vom Gewerkschaftstag der ÖTV in Leipzig kamen.

Und diejenigen, die die Hintergründe dieses Gewerkschaftstages nicht kannten, die nicht wußten, dass auf diesem Gewerkschaftstag die Vorentscheidung für oder gegen *ver.di* eine so einfache Entscheidung nicht werden würde, die fragten: Was ist denn eigentlich mit der ÖTV los. Erst stimmen sie gegen *ver.di*, dann stimmen sie für den außerordentlichen Gewerkschaftstag 2001 auf dem *ver.di* beschlossen werden soll, dann wählen sie indirekt ihren Vorsitzenden für seine pro-*ver.di*-Politik ab und dann wählen sie fast einstimmig einen Nachfolger, der auch für *ver.di* ist.

“KLEINGEIST”

Die bürgerlichen Medien hatten schnell eine Antwort parat: Führungskrise, Ewiggestrige gegen Modernisierer, Bezirksfürsten, die gegen den Vorsitzenden meuterten. Für sie war klar, dass die nur 65,46-prozentige Zustimmung zum Antrag B1 das Aus für die Gewerkschaft ÖTV und nicht nur für *ver.di* bedeutet. Die rebellischen Delegierten hätten somit die Chance vertan, aus der ÖTV eine Gewerkschaft mit Zukunft zu machen, gar ein “zukunftsweisendes Projekt”, das den Anforderungen einer modernen Dienstleistungsgewerkschaft nachkommen könnte – das den Anforderungen des modernen Marktes nachkommen könnte. Die Süddeutsche Zeitung schrieb von den Privilegien der Staatsdiener mit dem BAT als einigende Klammer und “Kleingeist statt Kundenorientierung, Besitzstandswahrung statt Mut zum Experiment”. Und das alles nachdem Anfang des Jahres bei der Tarifrunde der ÖTV schon so ein Chaos der Machtstreitigkeiten geherrscht hatte.

HERBERT UND B1

Was war wirklich passiert? Auf dem Gewerkschaftstag sollte die für 2001 geplante Verschmelzung der ÖTV mit den anderen vier Gewerkschaften zu *ver.di* vorbereitet werden. Dies stand im Antrag B1 zur Abstimmung. Für die Verschmelzung werden nächstes Jahr 80 Prozent der Delegiertenstimmen gebraucht. Sollte mittels der Abstimmung über B1 ein positives Votum für *ver.di* von 70 Prozent der

Stimmen beim jetzigen Gewerkschaftstag erreicht werden, so wäre der Hauptvorstand zuversichtlich bis nächstes Jahr die restlichen zehn Prozent überzeugen zu können. Die Diskussion war ein inszeniertes Theater mit geplanten Wortbeiträgen,

erhofften Ergebnis. Der Kongress wurde unterbrochen. Bis in die Nacht hinein wurde eifrig beraten und am nächsten Tag erklärte Herbert Mai, er würde für den Vorsitz nicht mehr länger zur Verfügung stehen. Da er zuvor zumindest nicht öffent-



die an die Herzen der *ver.di*-Gegner rühren sollten. Gezielt gesetzte Anträge auf “Schluss der Debatte” sollten die richtige Stimmung nutzen, die nach einem solchen anrührenden Wortbeitrag herrschte, unterstützt durch handverlesenes Publikum, das im Hintergrund an den richtigen Stellen applaudierte.

Doch dieser Schuss ging nach hinten los. Das Ergebnis lag weit unter dem

lich angekündigt hatte, dass seine Kandidatur mit der Abstimmung über B1 stehe und falle, wirkte der Rücktritt tatsächlich wie der Schritt eines Vorsitzenden, der sowieso schon angezählt war und nun resigniert aufgab.

Die Kritik an ihm, an “seinem” *ver.di*-Konzept, an seinem Kompromissverha-

Iten in der letzten Tarifrunde, an seiner mangelnden kämpferischen Art, an seiner Hinnahme der Schröder-Rede auf dem Gewerkschaftstag und dergleichen mehr, war zu einem Punkt gekommen, an dem eine Steigerung schon ziemlich ausgereizt war. Mit dem Abstimmungsergebnis hatten die *ver.di*-Kritiker eigentlich das erreicht, was sie erreichen wollten. Nämlich dass *ver.di* ohne Nachverhandlungen so nicht über die Bühne gehen könnte. Doch eine Siegesfreude wollte so recht nicht aufkommen. Als dann auch noch der Vorsitzende davonlief, war plötzlich die Stimmung eines Zauberlehrlings vorherrschend: Das hatten wir jetzt aber auch nicht gewollt. Bei kleinen Kindern beobachtet man solches Verhalten auch: Sie quengeln so lange, bis sie was kriegen. Und wenn sie es dann haben, dann hatten sie sich das vorher viel schöner ausgemalt.

ZAUBERLEHRLINGE

Nun hatten nicht nur die Quengeler ein Problem: Auch die Befürworter waren offensichtlich nicht für den Notfall gerüstet. Man kann es sich kaum vorstellen, aber dass es wirklich zu einer Ablehnung des Antrages und gar zu einem Rücktritt kommen könnte, darauf war niemand vorbereitet; so sehr schien die Katze schon im Sack. Zuerst hätte man glauben können, dass das händeringende Suchen nach einem Nachfolger Mais ein inszeniertes Spiel wäre. Aber dem war nicht so. Dieser Fall war nicht geplant gewesen. Bis ins dritte Glied hinein wurde gesucht, aber die Karre aus diesem tiefen Dreck holen wollte dann wohl doch keiner. Bis Frank Bsirske aus Hannover aus dem Nichts erschien. Tiefes Durchatmen – das war aber gerade eben noch mal gut gegangen. Und im Nachhinein stellte sich dessen Kandidatur als zwar ungeplanter, aber um so erfolgreicherer Schachzug dar.

Während noch nach einem gewillten Nachfolger für Mai gesucht wurde, erfolgte die Abstimmung, ob der außerordentliche Gewerkschaftstag zur Verschmelzung im März 2001 einberufen werden sollte. Überraschende 77,5 Prozent votierten dafür. Diejenigen, die zuvor gegen *ver.di* gestimmt hatten und nun aber den weiteren Gewerkschaftstag doch wollten, hatten kein Konzept, wie es sonst hätte weiter gehen sollen. Solange die *ver.di*-Gegner kritisieren konnten, ohne jemals befürchten zu müssen, in die Verantwortung genommen zu werden, hatten sie den Trumpf und die saubere kritische Weste

auf ihrer Seite. Jetzt hätten sie plötzlich eine Alternative aufzeigen müssen, die sie nicht hatten.

Das liegt in der Struktur der Kritik der Kritiker begründet. Diese Kritiker entstammen derselben Reihe der Gewerkschaftsbürokraten wie die Befürworter. Ihre Kritik richtet sich nicht grundlegend gegen die anpasslerische Politik der ÖTV-Führung. Es ist die Kritik des Königsmörders, der nicht mordet, weil er alles besser und anders machen möchte, sondern weil er sich vom König in seiner Macht gefährdet fühlt. Die Bezirksfürsten der ÖTV kritisieren *ver.di* in ihrer Struktur und in der Verteilung der Pöstchen und Gelder.

Die paar wenigen Delegierten, denen es wirklich um eine andere Gewerkschaftspolitik ging, waren nicht diejenigen, die den Ton angeben konnten. Leider! Denn worum es kritischen und klassenkämpferischen GewerkschafterInnen bei der Debatte um *ver.di* nach wie vor gehen muss, ist nicht die Debatte, die auf dem Gewerkschaftstag geführt worden ist. Diese Diskussion müsste nach wie vor darum gehen, was die jetzige ÖTV, so gut wie auch demnächst *ver.di*, denn eigentlich für eine politische, und nicht nur gewerkschaftspolitische, Ausrichtung hat. Dass die Bürokratie jetzt und in Zukunft noch gestärkter eine sozialpartnerschaftliche Politik verfolgt. Dass die Vertrauensleutestrukturen immer weniger Einfluss haben. Dass der Hauptvorstand mittels des „Bündnis für Arbeit“ das zu leugnen versucht, was immer noch Bestand hat, nämlich den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.

DER MIT DEM UNAUSSPRECHLICHEN NAMEN

Plötzlich in der Situation über das Ziel hinaus geschossen zu sein, stimmten sie flugs für den Verschmelzungstag, denn

– Anzeige –

Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken



LabourNet Germany
www.labournet.de

ansonsten hätte die ÖTV wirklich ziellos dagestanden. Die gleichen *ver.di*-Kritiker äußerten sich dann auch nach der Wahl des neuen Vorsitzenden, der keinen Hehl aus seiner *ver.di*-Befürwortung macht, in höchsten Tönen über Bsirske. Nicht nur dass man froh war überhaupt einen neuen Leithammel zu haben, nein, dann hatte man sogar einen, der alle Seiten umarmen kann. Er ist für *ver.di*, aber Nachbesserungen müssen noch sein. Dass dieser dann mit 485 von 519 abgegebenen Stimmen (94,7 Prozent) gewählt wurde, muss nicht erstaunen. In seiner Antrittsrede schlug er verhältnismäßig kämpferische Töne an. Zwar möchte er auch gerne mitgestalten, doch sind "nicht die Mitglieder für die Sekretäre da (...), sondern die Sekretäre für die Mitglieder".

Da kann die Gewerkschaftsbasis sich ja froh schätzen so einen traditionellen arbeiterInnenbewegten Vorsitzenden zu haben. Fragen muss man sich inzwischen allerdings, wann der erste Artikel über Bsirske erscheinen wird, in dem nicht erwähnt wird, dass er Sohn einer Arbeiterfamilie ist und Mitglied der Grünen. Ist das für einen Gewerkschaftsvorsitzenden so exotisch, dass es in jedem Artikel bis ins letzte Provinzblättchen erwähnt werden muss? Und das mit den Grünen ist bei den heutigen Grünen wahrlich nicht von Belang. Schon in der Antrittsrede machte er klar, dass die Arbeitsplätze in der Atomindustrie laut ÖTV-Beschlusslage erhalten werden müssen. Wir sehen: Es muss gar kein Sozialdemokrat an der Spitze der ÖTV sein.

UNDJETZT?

Bis nächsten März wird Bsirske mit seinen integrativen politischen Ansichten *ver.di*-Befürworter und -Gegner zufrieden stellen. Ein paar Zugeständnisse hier und da, und dann kann im März die Verschmelzung mit 95 Prozent statt der geforderten 80 Prozent vonstatten gehen. Die ÖTV steht dann wieder aufrecht da; Führungskrise beigelegt. Wenn Bsirske nicht noch irgendwelche Fehler macht und es sich doch wieder mit irgendeinem einflussreichen Brutus verdirbt.

Dass am Rande des Gewerkschaftstages der Verbleib im Bündnis für Arbeit beschlossen wurde, soll auch hier nur der Vollständigkeit halber miterwähnt werden.

Ida Liethen

Die Gewerkschaftslinken macht (zu) kleine Fortschritte

Auf ihrer 3. Bundestagung hat die „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ sich zum ersten Mal unmissverständlich (und mit breitester Zustimmung) gegen das *Bündnis für Arbeit... und Wettbewerbsfähigkeit* ausgesprochen. Der Meinungs-austausch als solcher war zwar fruchtbar und informativ. Doch es ist mehr als unklar, was die Gewerkschaftslinken in nächster Zeit gemeinsam tun wird.

Am 27./28. Oktober trafen sich in Frankfurt etwa 150 Teilnehmer zu einer Konferenz, die sich schwerpunktmäßig mit dem Systembruch in der Sozial- und Rentenpolitik befasste. Bei den Einleitungsreferaten am Freitag abend stellte Rainer Roth (Dozent an der FH Ffm) sehr gut den Zusammenhang zwischen den Zwängen des kapitalistischen Systems und der neo-liberalen Antisozialpolitik dar.

Weniger eindeutig war da schon das Referat von Irmgard Meyer vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BAU. Sie erläuterte das alternative Rentenmodell ihrer Gewerkschaft, was allerdings vor allem daran krankt, dass es zu sehr von Machbarkeitsüberlegungen innerhalb der vorhandenen Reichumsverteilung dominiert ist. So sollen bedeutende Mittel allein dadurch in die Rentenkassen gelangen, dass auch „die“ Beamten einzahlen usw.

Interessanter wurde es dann schon als ein Kollege von SEL über die ersten Protestaktionen im Alcatel-Konzern gegen den Rentenklau berichtete. Hier ging so etwas wie ein Ruck durch den Saal. Später führte ein Kollege vom Daimler aus: „Die Kollegen im Betrieb sind bereit, den Rentenklau mit Aktionen zu verhindern. Die Stimmung ist da. Und wenn ein Kollege hier gesagt hat, dass die Bremsen noch angezogen sind, dann dürfen wir nicht darauf warten, dass jemand anderes die Bremsen löst. Wir [die Linken in Betrieb und Gewerkschaft] müssen selbst dafür sorgen, dass die Bremsen sich lösen. Das müssen wir schon selber tun.“ Auch dafür gab es sehr viel Applaus, aber die Konferenz war nicht in der Lage, sich auf konkrete gemeinsame Aktivitäten zu verständigen.

Am Samstag tagten 3 Arbeitsgruppen: „Gegen Privatisierung und Börsenwahn in der Alterssicherung – für eine solidarische Rentenversicherung“, „Arbeitsmarktpolitik: Niedriglohn und Arbeitszwang als Preis für mehr ‚Beschäftigung‘“ und „Tarifpolitik als Notaufnahme hat keine Zukunft“. Dort blieb man bei der Analyse der

Verhältnisse stehen. Wirklich neue Aspekte tauchten nicht auf. Und auch das Abschlussplenum brachte nicht mehr als allgemeinste Feststellungen.

Dass die Konferenz sich endlich so klar und quasi einstimmig gegen das *Bündnis für Arbeit* aussprach hatte zwei Gründe. Der weniger wichtige war die Steilvorlage, die die IG Medien mit ihrem entsprechenden Beschluss auf dem Gewerkschaftstag wenige Tage zuvor gemacht hatte. Wirklich entscheidend aber war die Tatsache, dass dieses Mal die Kräfte um die Zeitschrift *Sozialismus* kaum bis gar nicht an der Vorbereitung der Konferenz beteiligt waren. Deswegen kamen dann auch die abwieglerischen Reden nicht so sehr zu Zug, von wegen „Auf solche Beschlüsse kommt es nicht an“. „Wichtig ist, dass in den Einzelgewerkschaften die Abkehr von der Sozialpartnerschaft erfolgt.“ und wie all die Sprüche in der Vergangenheit von denen vorgebracht wurden, die es sich mit (halb)linken Kräften im Apparat nicht verderben wollen.

Sozialismus wird zwar von breiteren Kreisen gelesen, ist aber im wesentlichen das Sprachrohr des linken Apparateflügels in den Gewerkschaften. Die Konferenz der Gewerkschaftslinken war der Redaktion u. a. deswegen nicht so wichtig erschienen, weil auf den Podien dieses Mal ihre Kräfte kaum zum Zug kommen sollten, was eigentlich nur Zufallsentscheidungen im Arbeitsausschuss waren. Die Redaktion hatte sich deshalb stark bei dem „Halbzeit-Kongress“ am 23.9. in Berlin engagiert und gehofft, hier punkten zu können. Der Berliner Kongress war allerdings ein Reinfall.

Die Tatsache, dass – im Gegensatz zu früher – noch nicht einmal eine Anzeige in *Sozialismus* erschien, hat dazu beigetragen, dass dieses Mal etwas weniger Menschen auf der Konferenz anwesend waren. Der Klarheit hat die geringe Repräsentanz von Menschen aus dem Spektrum der Zeitschrift *Sozialismus* nicht geschadet. Aber es hat auch nicht gereicht, einen

Fahrplan für gemeinsame Aktivitäten nach außen zu erstellen. Es bleibt vorläufig dabei, dass die Gewerkschaftslinken nur ein Forum zum Austausch von Positionen und zur Information ist. Konkrete Initiativen müssen auf absehbare Zeit unabhängig von den Beschlüssen solcher Konferenzen gestartet werden. Das beste Beispiel hierfür ist der Stuttgarter Aufruf „Auf die Straße gegen Rentendemontage“ (siehe Seite 14), der zwar auf der Konferenz vorgestellt wurde, der aber nicht als Anlass für eine weiterreichende Kampagne der Gewerkschaftslinken genommen wurde.

Lisa Lang

Kurzmeldungen

Jobkiller: Deutsche, Dresdner und Commerzbank wollen zur Gewinnmaximierung mehr als 4000 Arbeitsplätze abbauen.

Auch die Bankgesellschaft Berlin will bis Ende 2001 weitere 1600 Stellen abbauen. Wie das bei einer Vereinbarung geschehen soll, die bis 2004 betriebsbedingte Kündigungen nicht erlaubt, bleibt unklar.

... und Killer: Während die Personalschäden bei Verkehrsunfällen von 1992 bis 1998 um 4,4 Prozent abgenommen haben, sind sie bei „Güterkraftfahrzeugen“ um 8,1 Prozent gestiegen. Die Zahl der getöteten LKW-Insassen nahm sogar um knapp 10 Prozent zu. Der verschärfte Konkurrenzkampf verbunden mit Überschreitungen der Lenkzeiten und Unterschreitung der Ruhezeiten sind Gründe dafür.

Teilzeit: 38% der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, aber nur 5% der Männer. 5,5 Millionen teilzeitbeschäftigten Frauen stehen 0,8 Millionen Männer gegenüber.

Widerstand gegen Renten-Demontage ist möglich

Ende November stellt sich die Mobilisierung gegen den Rentenklau unterschiedlich dar. Wieder einmal bewegt sich im Südwesten am meisten, nicht nur bei der IG Metall.

Vor dem Sommer tönte es vom Vorstand der IG Metall, dass ein heißer Herbst drohe, sollte die Regierung ihre Pläne nicht zurücknehmen. Je näher der Herbst rückte, desto lauer wurden die Erklärungen. Vor allem in der Metallindustrie bildete sich eine Allianz zwischen der eigentlichen Gewerkschaftsbürokratie (also den oberen Rängen des Apparats) und den Betriebsratsfürsten, also den sozialdemokratisch orientierten Betriebsratsvorsitzenden in vielen Großbetrieben. Bei Funktionärstagungen erklärten sie, dass Mobilisierungen nicht möglich seien.

Der wahre Hintergrund ist, dass sie der Schuh an der Rentenfrage kaum drückt. Sie sind gut abgesichert, weil sie in aller Regel mit ihren Betriebsrenten an die Kappungsgrenzen der „Übersorgung“ stoßen. D. h. bei gekürzten Sozialrenten schöpfen sie einfach nur mehr von ihren Betriebsrentenansprüchen aus. Und da sie sehr oft mit der SPD verbunden sind, haben sie auch sehr viel „Verständnis“ für Riester und verbreiten die Lüge vom „Handlungsbedarf“ bei der Rentenversicherung.

Ein typisches Beispiel dafür ist Erich Klemm, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Daimler-Chrysler. Unter dem Druck fortschrittlicher Betriebsräte sowie des Vertrauenskörpers erklärte er sich bereit, in Sindelfingen eine Protesttag zu den befristeten Arbeitsverträgen und gegen die Rentenreform durchzuführen. Es blieb jedoch den Aktiven im Betriebe überlassen, auf der Kundgebung mit Sprechchören und Transparenten den lautstarken Protest gegen den Rentenklau zu organisieren.

AUFKLÄRUNG TUT NOT!

In der Mehrzahl der Betriebe allerdings funktioniert dieser Mechanismus, dass nämlich die betriebliche Führung durch ihr Nichtstun genau das erreicht, was sie beweisen wollte (neudeutsch „self-fulfilling prophecy“).

Spontan rührt sich zunächst deshalb wenig, weil die Dauerpropaganda der Herrschenden und der Medien bei nicht wenigen KollegInnen durchaus verfängt. Man/

frau kann die Zahlen nicht in Frage stellen und glaubt, dass die Misere daran liegt, dass die Menschen heute älter werden. Leider ist ein „Argument“ sehr verbreitet: Um „Gerechtigkeit“ herzustellen, solle man endlich mal durchsetzen, dass auch „die“ Beamten in die Rentenkasse einzahlen.

Wir legen natürlich Wert darauf, dass die einfachen Beamten (bei der Bahn, der Post und sonstwo) durch keine Reform zusätzlich belastet werden dürfen, dass vielmehr die Kapitalisten und sonstige Vermögende herangezogen werden müssen.

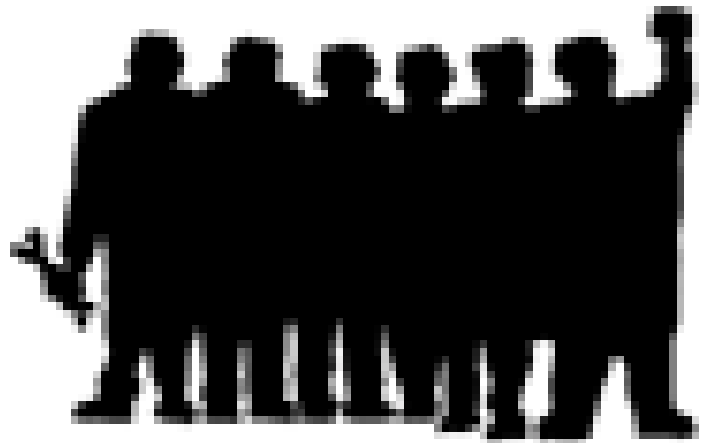
ERSTE MOBILISIERUNGEN

Dort, wo diese Informationsarbeit in den Betrieben läuft, regt sich inzwischen auch der Widerstand. Schon die Art, wie Zwickel auf der Funktionärskonferenz der IGM am 21. 10. in Maichingen (bei Stuttgart) mit Buhrufen überschüttet wurde, hat gezeigt, was die Aktiven in den Betrieben von der Gewerkschaftsführung erwarten: Raus auf die Straße. Der Rentenklau kann nicht im Saal verhindert werden! Siehe dazu auch den Aufruf auf Seite 14, für den auf dieser Versammlung viele Unterschriften gesammelt wurden. Inzwischen haben über 1000 Funktionäre den Aufruf unterschrieben.

Den Auftakt für erste Aktionen machte die Belegschaft von SEL-Alcatel in Stuttgart (25. 10.), es folgten Daimler und Porsche (siehe dazu auch S.3) sowie Werner und Pfleiderer.

Allen Beteiligten ist klar: Würde die Gewerkschaft zu Aktionen aufrufen, wäre innerhalb weniger Tage der Gesetzentwurf vom Tisch und der Systembruch bei der Rentenversicherung hätte zumindest vor-

erst keine Chance. Ähnlich war es schließlich, als die Unternehmerverbände 1996 trotz bestehender Tarifverträge in der Industrie die Blüm'schen Karenztage bei



der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einführen wollten.

Aber auch damals schon mussten die Aktionen von unten angestoßen werden (die KollegInnen von Daimler Benz machten den Vorreiter), obwohl die SPD noch nicht an der Regierung war. Heute gibt es wieder eine solche Chance.

Eine gute Gelegenheit, Belegschaften zu mobilisieren, wird zum Beispiel am 12. Dezember in Stuttgart sein: Ursprünglich hatten die Landesbezirke von HBV und IG Medien für den 7. Februar eine landesweite Demonstration geplant. Aufgrund des verkürzten Zeitplans hat man die Aktion jetzt auf den 12. Dezember vorverlegt (also parallel zu den Anhörungen, die vom 11. - 13. Dezember in Berlin laufen). Die Ortsverwaltung der IG Metall in Esslingen hat sich dem Aufruf angeschlossen, andere Ortsverwaltungen werden wohl noch folgen.

Die aktiven Vertrauenskörper werden versuchen, Belegschaften aus den Betrieben heraus zur Kundgebung zu mobilisieren. Der Schlachtruf dort und anderswo muss lauten: Schafft zwei, drei viele Streiks gegen den Rentenklau – Auf die Straße gegen Renten-Demontage.

D. B.

Riesters Systembruch

Am 15. November hat die Regierung ihren Gesetzentwurf zur „Rentenreform“ (AvmG) beschlossen. Einen Tag später fand schon die sogenannte erste Lesung im Bundestag statt. Dabei zeigte sich, dass es zu keinem einzigen Zugeständnis an die Gewerkschaften kam.

Dreh- und Angelpunkt der ganzen Operation ist das Vorhaben, die Kapitaleigner zu „entlasten“, sprich ihnen „Lohnnebenkosten“ abzunehmen. Die Gewerkschaftsführer sind diesem neoliberalen Leitsatz über die ganzen Jahre hin gefolgt, so dass sie heute auch argumentativ schlecht gewappnet sind, dem Rentenklau etwas entgegenzusetzen.

Dabei sprechen schon die offiziellen Zahlen eine deutliche Sprache. Ohne „Reform“ würde sich der Beitragssatz folgendermaßen entwickeln: 2001: 19,1%; 2010: 19,5%; 2020: 20,6%; 2030: 23,6%.

Mit der „Reform“ soll er sich so entwickeln“ 2001: 19,1%; 2010: 18,5%; 2020: 19,6%; 2030: 23,6%. Wenn man bedenkt, dass wir vor 2 Jahren noch über 20% lagen, wird ersichtlich, dass es für die nächsten Jahre überhaupt keinen Handlungsbedarf gibt. Und würden die prognostizierten 23,6% im Jahr 2030 zur Anwendung kommen, müssten bei hälftiger Finanzierung jede Seite 11,8% bezahlen.

Das Kapital will aber gerade aus dieser hälftigen Finanzierung aussteigen. Dazu soll der Beitrag später bei maximal 22 Prozent gedeckelt werden. Das, was dann fehlt, sollen wir alleine zahlen. Geht dieser Systembruch durch, wird das Kapital im Jahr 2010 gerade mal 9,25% bezahlen, wir aber 13,25%. Dies soll darüber erreicht werden, dass wir die fehlenden Beträge durch eine private Vorsorge abdecken. Sprich, wir sollen uns bei privaten Finanzdienstleistern Zusatzversichern. Dabei sollen uns nur die eingezahlten Beträge, nicht aber die Zinsen oder „Erträge“ gesetzlich abgesichert bleiben.

ALTERSARMUT VORPROGRAMMIERT

Ab 2001 wird es eine neue Renten Anpassungsformel geben. Die Renten folgen dann nicht mehr den Nettolöhnen. Die neue Formel gibt dann Änderungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer oder beim Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr an die Rentner weiter. Dafür mindert der ab dem Jahr 2002 eingeführte Privatvorsorgebeitrag die Renten Anpassung. Das Niveau der

Bestandsrenten und mehr noch das Niveau der künftigen Zugangsrenten wird damit drastisch sinken. Für mindestens 10 Jahre soll die Renten Anpassung von der Nettolohnentwicklung abgekoppelt werden.

Allein aufgrund der 0,5 Prozentpunkte, die wir jährlich zusätzlich (bis zu 4%) in die Privatvorsorge stecken sollen und die sich Anpassungsmindernd auswirken, werden die Renten geringer steigen. Bei der Einkommensanrechnung der RentnerInnen werden sämtliche Einkommen berücksichtigt, also auch Einkommen aus privater Vorsorge. Auch hier werden wir also zweimal in den Arsch gekniffen.

Diese private Vorsorge ist auch noch für Frauen teurer als für Männer: Begrün-

Die breite Masse wird aber kaum oberhalb der Sozialhilfesätze liegen. Die Rentenzugänge sollen nämlich ab 2011 einen sogenannten Ausgleichsfaktor zahlen, sprich die Rente wird jedes Jahr um 0,3% bei Neuzugängen gekürzt, was dann im Jahr 2030 noch mal 6% minus ausmachen wird. Entgegen Riesters Berechnungen werden die Renten des Standardrentners damit bei 61% liegen. Statt der heutigen 2020 DM wären das dann für den Durchschnittsverdiener nach 45 Beitragsjahren 1743 DM. Diejenigen, die unter dem Durchschnitt verdienen oder nicht auf 45 Jahre kommen – wer wird das in Zukunft noch erreichen? – sind dann nicht mehr weit von vom Sozialhilfesatz (heute 1200 DM, bzw. 1900 bei Ehepaaren) entfernt.

Aus der Rede des Betriebsratsvorsitzenden von Porsche Zuffenhausen, Uwe Hück, am 14. 11.

„...Ab 2001 soll zusätzlich eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge aufgebaut werden. Diese wächst von 2002 bis 2008 von 1% auf 4% des Bruttoentgeltes. Auf dem Diagramm ist zu erkennen, dass der Anteil des Arbeitgebers in den nächsten Jahren lediglich von 9,65% auf 11% steigt. Die Arbeitnehmer zahlen statt 9,65% (heute) dann 15% ihres Bruttoentgeltes.

Demgegenüber sinkt Euer Rentenanspruch dramatisch ab. Von heute 71,2% werden diejenigen, die 2030 in Rente gehen, nur 60,8% eines Durchschnittsverdienstes bekommen. Dafür müssen sie auch noch volle 45 Versicherungsjahre vorweisen. Immer weniger Menschen werden künftig tatsächlich volle 45 Versicherungsjahre vorweisen können, da sich die Arbeitswelt dramatisch verändert. Experten rechnen mit einer Durchschnittsrente von nur 50% im Jahre 2050. Das bedeutet Altersarmut.

Betroffen von der Senkung des Rentenanspruchs sind vor allem Frauen. Zwar werden künftig Kindererziehungszeiten höher angerechnet, dafür werden aber die anderen Ansprüche enorm gekürzt. Frauen mit geringerem Einkommen, kürzeren Versicherungszeiten und der geplanten Kürzung der Hinterbliebenenrente, die vor allem Frauen im Alter absichert, sind besonders armutsgefährdet..“

dung: Frauen leben länger, also bekommen sie – ganz im neoliberalen Sinn – bei gleichen Einzahlungen später geringere Renten ausbezahlt.

Die Motivation, uns zum Abschluss privater Zusatzversicherungen zu verpflichten, hat einzig und allein das Ziel, die zu erwartende Altersarmut so in Grenzen zu halten, dass nicht die Mehrheit zum Sozialamt laufen muss und dann doch wieder Staatsgelder locker gemacht werden müssen.

Der sogenannte Ausgleichsfaktor kürzt also.

Ganz nebenbei wird auch noch die Hinterbliebenenrente von 60 auf 55 Prozent gekürzt. Der Freibetrag für die Einkommensanrechnung bei Rentnern wird auf 1282,51 DM (alte Länder) eingefroren..

Aber auch die jüngere Generation soll ja schon bluten, nämlich mit den bis zu 4% Versicherungsbeiträgen, die wir an private Versicherungen abdrücken sollen, ohne

zu wissen, ob wir jemals etwas von den damit erzielten Zinsen erhalten werden.

Die ganze Operation dient einzig und allein der Umschichtung der Kosten: Das Kapital soll „entlastet“ werden. Geht dieses Modell durch, dann wird es bei der Krankenversicherung weitergehen.

ARGUMENTATIONSHILFEN

Als sehr hilfreich bei der Argumentation in Betrieb und Gewerkschaft erweisen

sich die Materialien, die Johannes Steffen (Arbeitskammer Bremen) aufbereitet hat:

J. Steffen: „Der Rentenkau“, VSA Verlag, 112 Seiten 14,80 (ISBN 3-87975-766-6). Informativ und gut geeignet für Vertrauensleute und Betriebsräte ist auch sein Foliensatz zum selben Thema: „Behauptungen und Tatsachen zur rot-grünen Rentenpolitik“ (24 Seiten), herunterzuladen (als pdf-Datei) unter labournet.de/diskussion/wipo/rente/BuT5.pdf

Beiden Materialien lastet zwar der Nachteil an, dass Steffen als Verteidi-

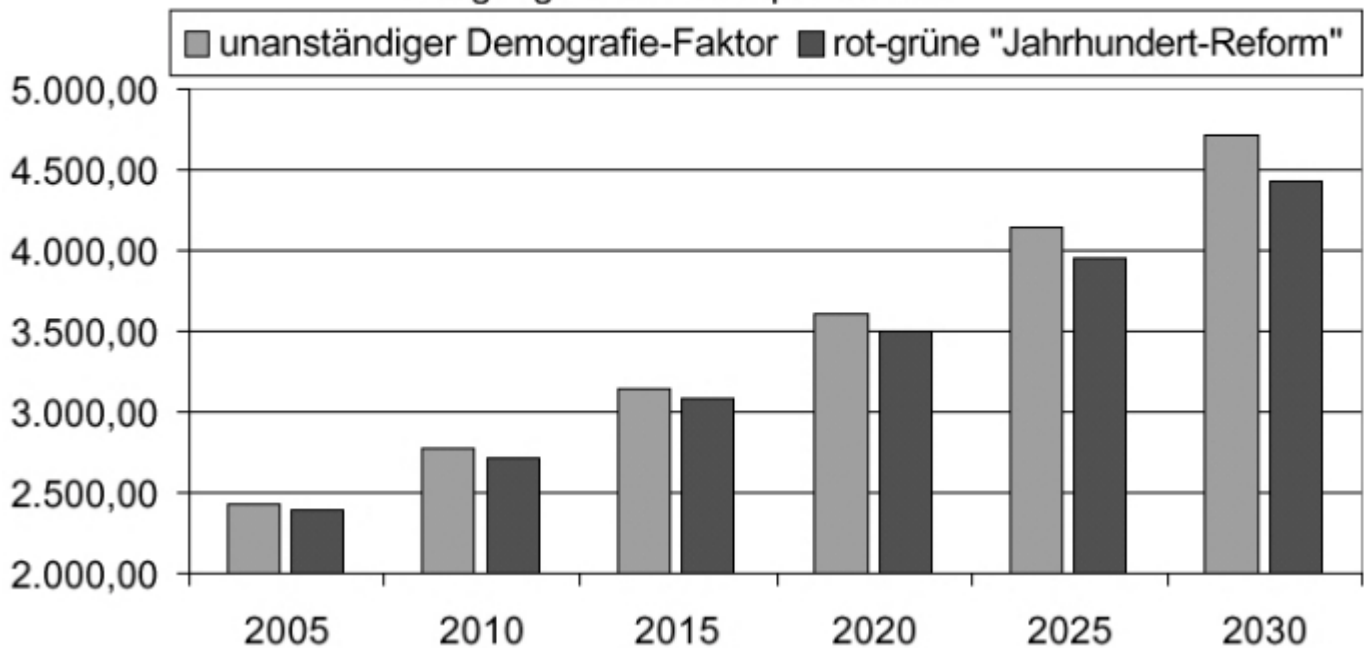
gungslinie das Festhalten am bisherigen Modell propagiert. Er geht damit von der Notwendigkeit eines Anstiegs der Beitragszahlungen (auf 23,6% im Jahr 2030) aus.

Wir stellen dagegen: Die Mittel sind vorhanden. Sie müssen bei den Kapitaleignern und sonstigen Besitzenden geholt werden. Keine Beitragsbemessungsgrenzen, aber eine Höchstrente von 10000 DM.

D. Berger

Zweimal Bruttostandardrente

- Zugangsrente in DM pro Monat -



Als „unanständigen Demografie-Faktor“ bezeichnete die SPD in ihrem letzten Wahlkampf das Blüm'sche Rentenkürzungsmodell. Riester geht mit seinen Kürzungen nachweislich noch weiter und belastet auch die Jüngeren mehr.

Davon können Rentner nur träumen!

Dass es in diesem Land nicht an Geld mangelt, wissen gerade die Politiker der herrschenden Parteien sehr gut. Sie machen Politik für das Kapital und behaupten, der Staat habe kein Geld, um Bedürftige zu unterstützen. Gleichzeitig weigern sie sich hartnäckig, ihre eigenen üppigen Bezüge zu kürzen. In unserem Heft *internationale theorie* Nr. 13 („Eigentum verpflichtet – zu nichts“) hat dies Hans-Jürgen Schulz im einzelnen nachgewiesen (5.- DM, zu beziehen über die Redaktionsadresse).

Hier nur ein paar aktuelle Beispiele: Der Kürzungsminister Riester hat heute schon – nach 2 Jahren Amtszeit – eine Rente von 3700 DM sicher, und zwar 13 mal im Jahr. Das bekommt er dann ungekürzt neben seinen sonstigen Versorgungsleistungen aus früheren Tätigkeiten. Bleibt er bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt, bekommt er mehr als 7000 DM aus seiner Ministertätigkeit, die im wesentlichen darin besteht, das Kapital zu entlasten, besser als Blüm es je vermocht hätte.

Fischer (52) und Trittin (46) müssen bei einem Ausscheiden aus der Regierung noch ein bisschen warten, bis ihre Pension ausbezahlt wird. Aber sie bekommen sie mit 55, also 10 Jahre früher als die normalen Rentner. Die müssen große Abschläge hinnehmen (0,3% für jeden Monat, wenn sie vor 65 ausscheiden, macht 18% weniger, wenn man/frau mit 60 in Rente geht).

Der Durchschnittsverdiener muss heute 45 Jahre arbeiten (bzw. gearbeitet haben) um gerade mal auf 2186 DM zu kommen. Ein Bundesminister bekommt schon nach 4 Jahren Amtszeit mehr als das Dreifache.

Der tatsächliche Wert der Ruhegehälter von Ministern kommt erst bei der Berechnung des Barwertes von Versorgungsansprüchen zur Geltung, also dann, wenn man die frühen Altersgrenzen für den Pensionsbezug berücksichtigt. (Der Barwert ist die Summe, die man an eine Versicherung zu zahlen hätte, um damit eine lebenslängliche Rente zu beziehen.). Ein Minister kommt damit nach 2 Jahren auf 580 000 DM, nach 4 Jahren auf 1,27 Mio DM.

Nehmen wir mal den Fall Kohl: Er erhält heute schon 12875 DM Abgeordnetendiäten, zusätzlich eine gekürzte Kanzlerpension von 17 688 DM (=30563 DM). Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag wird er monatlich 24126 DM erhalten, ohne die Bezüge aus früheren Tätigkeiten.

6/7/8. Dezember 2000

Alle gemeinsam auf nach Nizza!

Für soziale Rechte in Europa!

CHARTA DER SOZIALEN RECHTE

Auf der Regierungskonferenz der EU-Staaten, die am 7. und 8. Dezember in Nizza stattfindet, stehen zwei Dinge auf der Tagesordnung: Die Revision des EU-Vertrages und die Proklamation einer Grundrechte-Charta. Die *Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit* haben demgegenüber bereits am 30. Januar 2000 eine Charta mit ihren eigenen Forderungen nach sozialen Grundrechten in Europa aufgestellt. Wir wollen:

RECHT AUF EIN GARANTIERTES EINKOMMEN

Alle Männer und Frauen müssen die Möglichkeit haben, in Würde zu leben, ohne Diskriminierung nach dem Alter, dem Geschlecht, der Herkunft oder anderer Art. Unabhängig davon, ob sie abhängig beschäftigt, erwerbslos oder im Ruhestand

sind, muss ihr Einkommen den Bedarf decken, den sie zu einem Leben brauchen, das ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dieses Einkommen muss individuell und garantiert sein.

RECHT AUF ARBEIT

Autonomie und freie Berufswahl für jede und jeden. Gegen jede Maßnahme zum Arbeitszwang, auch nicht unter dem Vorwand einer "Rückkehr in die Beschäftigung". Erwerbslosen darf keine Arbeit zu inakzeptablen Bedingungen aufgezwungen werden.

MigrantInnen und Flüchtlinge dürfen nicht zu illegaler Arbeit herangezogen werden. Sie müssen gesicherte Verträge erhalten wie die anderen auch.

GLEICHE RECHTE UND VERHÄLTNISSE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN

gegen jede Diskriminierung, die Frauen am gleichen Zugang zu Arbeitsplatz und Einkommen hindert.

FREIER ZUGANG ZU ALLEN NOTWENDIGEN DIENSTLEISTUNGEN

- Rechte auf Gesundheitsversorgung;
- Recht auf Wohnung;
- Recht auf Erziehung, Kultur und Bildung;
- Recht auf Rechtsmittel;
- Recht auf Transport und alle Kommunikationsmittel;
- Recht auf Energie, Elektrizität, Wasser, Gas;
- Recht auf Altersrente;
- Recht auf Freizügigkeit und Papiere für alle.

(Auszüge aus der *Charta der Euromärsche für soziale Grundrechte*, 30.01.2000)

DAS WOLLEN WIR IN NIZZA ERREICHEN:

- Die Direktive über den Bezug von Arbeitslosengeld (Art. 137) darf nicht Teil des EU-Vertrages werden.
- Der Grundrechtekatalog darf nicht verkündet werden. In den EU-Vertrag gehören die umfassenden sozialen Rechte und die Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben. Die Rechte müssen individuell und kollektiv einklagbar sein.

Das findet statt:

2.—4. Dezember: Erwerbsloseninitiativen aus ganz Europa treffen sich zu einer Versammlung in Paris zum Austausch über ihre Lebensbedingungen und gemeinsamen Aktionen.

4.—6. Dezember: Von Paris und aus anderen Städten Frankreichs und des Auslands setzen sich Karawanen in Richtung Nizza in Bewegung.

6. Dezember

Um 14 Uhr beginnt die Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Allein die französischen Gewerkschaften wollen 60.000 Teilnehmende mobilisieren. Die *Europäischen Märsche* werden an dieser Demonstration mit eigenen Losungen und Forderungen teilnehmen. Zusammen mit den sozialen Bewegungen aus ganz Europa können wir 100.000 Menschen sein, die in Nizza gegen die unsoziale und undemokratische EU protestieren.

Im Anschluss an die Demonstration gibt es eine Kundgebung der Europäischen Märsche. Hierzu rufen wir alle auf, die mit uns die Nacht hindurch Nizza belagern wollen. Wir bereiten den Empfang der EU—Ratsherren vor, die sich ab dem frühen Morgen des 7. Dezember versammeln.

7. und 8. Dezember: Wir bedrängen den EU-Gipfel mit unseren Forderungen und Aktionen der aktiven Gewaltlosigkeit. Den ganzen Tag und den folgenden Tag über setzen Bezugsgruppen dezentrale Aktionen fort. Eine Pressekonferenz beschließt die Aktionen am Mittag des 8. Dezember.

Bundesbüro Euromarsch, c/o IG Medien, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, Tel./Fax (030) 6932697, E-Mail <webmaster@euromarches.org>, Webseite <www.euromarches.org>.

Kontakt in der BRD:

Bundesbüro Euromarsch, c/o IG Medien, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, Fon/Fax (030) 6932697

Doitsche Leitkultur

Mit dem von führenden CDU/CSU-PolitikerInnen in die Diskussion gebrachten Begriff der "Deutschen Leitkultur" ist es den Unionsparteien wieder einmal gelungen, die öffentliche Diskussion zum Thema Einwanderung und Staatsbürgerschaft zu dominieren und nach rechts zu drücken.

Die rotgrüne Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben dieser reaktionären Offensive nichts Substanzielles entgegenzusetzen.

LEITKULTUR DEUTSCH...

Der vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Merz und dem Brandenburgischen Innenminister Schönbohm eingebrachte und von einer Mehrheit in CDU/CSU unterstützte, rassistische Begriff impliziert, dass es so etwas wie eine einheitliche und sich nicht entwickelnde, deutsche Kultur gibt, welche einer alteingesessenen Bevölkerung von Natur

aus eigen ist. Diese Konzeption ist Ausdruck der nach wie vor weit verbreiteten völkischen Ideologie, deren AnhängerInnen davon ausgehen, dass "Volk" oder

"Nation" uralte, durch Abstammung oder Identität quasi natürlich bestimmte, vom "Anderen" abgegrenzte und objektive Kategorien sind. Diejenigen "Nicht-deutschen", welche keine deutschen Vorfahren nachweisen können, müsste sich, so die ProtagonistInnen der Debatte, an eine deutsche Leitkultur anpassen und so unter Beweis stellen, dass sie "eindeutschungsfähig" sind. Eine multikulturelle Gesellschaft, so Merz, sei hingegen abzulehnen.

Dies würde in die Praxis umgesetzt bedeuten, daß die Assimilation an ein mehr oder weniger beliebig definierbares Phantom zum Kriterium gemacht werden würde, welche es den jeweils Regierenden ermöglichen würde, nach willkürlichen Kriterien zu entscheiden, wer bleiben darf und wer gehen muß, wer zum "Volk" gehört und wer aus diesem ausgeschieden werden muß. Es ist zu vermuten, dass die Kriterien jeweils so hoch angesetzt werden würden, dass nur äußerst wenige in den "Genuß" der Belohnung für die Anpassung an das "Deutsche" erhalten würden.

Auch impliziert die Diskussion letztendlich, dass auch Menschen, welche schon über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, ebenfalls degradiert werden können, wenn sie sich nicht "deutsch" benehmen und die Einheitlichkeit des "Volkskörpers" gefährden. Wer eine Leitkultur fordert will ausgrenzen. Teile von CDU/CSU fahren in diesen Kurs um den völkisch-rassistisch eingestellten Teil ihrer Basis fester an sich zu binden und REP bis NPD das Wasser abzugraben. Außerdem hatte sich schon bei der Landtagswahl in Hessen 1999 gezeigt, dass mit

den BGS und Abschiebeknäste parat. Ein Nationalismus à la Friedrich Merz ist da hinderlich, da dieser der instrumentellen Vernunft als Ideologie der kapitalistischen Produktionsweise zumindest vordergründig widerspricht.

Hilflose Linkliberale, die katholische Bischofskonferenz oder auch der Erfinder des Begriffes der Leitkultur, der Politologe Bassam Tibi machen wiederum die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes, der Aufklärung oder der westlichen Zivilisation (Menschenrechte) zur verbindenden Ideologie. Bei Tibi, welcher von der



einer derartigen Kampagne Wahlen zu gewinnen sind.

... ODER EUROPÄISCH...

Die Verbände des Kapitals, die Bundesregierung oder aufgeklärte CDUlerInnen gehen vordergründig rationaler an das Thema heran. Hier wird nicht die Zugehörigkeit zu einer metaphysisch-irrational definierten Kulturgemeinschaft sondern wahlweise die ökonomische Nützlichkeit oder die Angepaßtheit im Sinne des Grundgesetzes zum Kriterium. Diese Konzeptionen brechen zwar mit völkisch inspirierten Vorstellungen, selektieren aber genauso in erwünschte und unerwünschte "AusländerInnen". Das ökonomische Kalkül des Kapitals befürwortet denjenigen Teil der Einwanderung und Einbürgerung, welcher das Geschäft nicht stört sondern befördert, das heißt, es dürfen diejenigen bleiben, deren Kapital, deren berufliche Fähigkeiten oder deren billige Arbeitskraft benötigt wird. Ökonomisch nicht nutzbare Menschen werden ausgegrenzt, für diese hält die Regierung

Vorstellung eines "Kampfes der Kulturen" des reaktionären Soziologen Samuel Huntington beeinflusst ist, werden die Grenzen nicht national sondern großräumlich gezogen, einer "europäischen Kultur" wird beispielsweise eine mit dieser und den westlich-aufklärerischen Werten unvereinbare "islamischen Kultur" gegenüber gestellt. In die Praxis übertragen würde das bedeuten, dass Gesinnungsschnüffelei, der Berufsverbotspraxis der 1970er Jahre gleichend, dem Erwerb der Staatsbürgerschaft vorausgeht. Es ist dabei zu befürchten, dass die zuständigen Behörden dabei mit "deutscher Gründlichkeit" vorgehen würden. Auch hier regelt Näheres ein Bundesgesetz, wer unerwünscht ist, fliegt raus!

... ODER MULTIKULTUR DEUTSCH

Im Laufe dieser Debatte trennten sich Bündnis 90/Grüne von ihrer vorherigen Orientierung auf das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft, ein Anspruch

welcher vordergründig sympathisch erscheinen mag. Allerdings ist es für die Ex-Alternativen relativ einfach, von ihrer bisherigen Linie Abstand zu nehmen, da auch das grüne Multikulti-Konzept von der Annahme ausging, daß sogenannte Völker eine ihnen jeweils eigene, statische Kultur besäßen; nur wurde diese von Grünen zumeist als pittoreske Bereicherung und nicht als Bedrohung empfunden. Kein Miteinander sondern ein Nebeneinander wurde angestrebt. Mit dieser Heran-

schaft zeichnet sich durch eine Vielfalt von kulturellen Mustern aus. Kulturen sind Ausdruck der jeweiligen Gesellschaft, ihrer Bejahung oder Verneinung, ob in resignativer oder kämpferischer Form; sie sind Ausdruck von Rebellion gegen oder Unterwerfung unter kapitalistische Zustände. Die Vorstellung einer National- oder Staatskultur entstammt dem Zeitraum des Aufkommens nationalistischer Ideologien im 18. und 19. Jahrhundert, als im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus

religiöse oder dynastische Legitimationsideologien ihre Bedeutung verloren und ein neuer Kitt zur Rechtfertigung von Herrschaft und Ungleichheit und zur Verarbeitung gesellschaftlicher Widersprüche entstand. Die Herausbildung einer solchen offiziellen Kultur bedeutete immer die Ausgrenzung derjenigen, welche sich dieser nicht unterwerfen wollten, nicht in diese hineinpaßten oder in dieser als Fremdkörper definiert wurden.

Der Kampf gegen aufgezwungene, Herrschaft legitimierende Kulturvorstellungen ist eine Grundvoraussetzung im anti-rassistischen und anti-

faschistischen Kampf und kann ein Motor für den Kampf gegen das kapitalistische System sein. Und eine zukünftige Gesellschaft, welche den Kapitalismus überwindet muss im Bereich der Kultur die größtmögliche Freiheit sowohl für die/den EinzelneN wie auch für Gruppen von Menschen herstellen und nicht wie im Stalinismus erneut eine Normkultur durchzusetzen versuchen. Leitkulturen und ihren PropagandistInnen muss ein entschlossener Kampf entgegengesetzt werden. Ob Assimilation an irgendeine Kultur oder nicht muss den Betroffenen selbst überlassen werden.

joe hill



gehensweise konnten einige pseudoalternative Völkerfreunde auch brutale Handlungen wie die Klitorisbeschneidung an Frauen nicht mehr kritisieren sondern als authentischen und berechtigten Ausdruck einer fremder Kultur ansehen. Aber auch bei den Integrationsbestrebungen hier gab es schon Ausnahmen, so äußerten sich die grünen "Experten" T. Schmid und D. Cohn-Bendit mit rassistischen Stereotypen über Roma als kaum integrierbare "Troublemaker".

Kulturen entwickeln sich permanent weiter, und sind nicht statisch an ohnehin imaginierte, d.h. nur in den Köpfen der Menschen existierende Gebilde wie Nationen und Völker gebunden, sie verschwinden, bilden sich neu, verschmelzen, usw. Auch kann nicht von homogenen Kulturen ausgegangen werden; jede Gesell-



Neu bei ISP

Ernest Mandel *Macht und Geld*

Eine marxistische Theorie der Bürokratie
318 S., gebunden

DM42,00/öS307,00/SFr40,00
ISBN3-929008-73-4

Ernest Mandels Buch ist ein wesentlicher Beitrag zur Erneuerung der klassischen marxistischen Theorie über das Verhältnis von Bürokratie, Staat und Gesellschaft. Mandel analysiert die gesellschaftlichen und historischen Wurzeln der Bürokratie sowohl des kapitalistischen Staates als auch der Arbeiterorganisationen und der nicht-kapitalistischen Gesellschaften. Er untersucht, ausgehend von den Analysen Lenins, Luxemburgs, Trotzki und anderer sowie den Überlegungen von Ludwig von Mises, Robert Michels, Max Weber und neueren Ansätzen zur Bürokratiethorie, welche Bürokratien die Gesellschaften in Ost und West tatsächlich herausgebildet haben.

Die scharfsinnige Untersuchung stellt all diejenigen Theorien in Frage – stalinistische, sozialdemokratische und offen bürgerliche –, die behaupten, bürokratische Institutionen seien ein notwendiges Übel moderner Gesellschaften. Demgegenüber zeigt Mandel die gesellschaftlichen Bedingungen auf, unter denen die Bürokratie „absterben“ kann.

Neuer ISP Verlag

Marienstraße 15
76137 Karlsruhe
Tel. (0721) 3 11 83, Fax 3 12 50

Der Griff nach der Bombe

Mit der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie verfolgte die BRD auch militärische Optionen

Kaum waren die Trümmer des letzten Krieges beiseite geräumt, als die herrschende Klasse der BRD und ihre politischen Vertreter sich schon wieder offen dazu bekannten, auch eine militärische Weltmachttrolle anzustreben, und ihr Interesse am Erwerb von Atombomben bekundeten. Das internationale Kräfteverhältnis beschränkte zunächst den deutschen Militarismus. Im Rahmen der Pariser Verträge hatte die Bundesregierung 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden verzichten müssen. Es war der BRD jedoch gestattet, im Rahmen der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie alle Voraussetzungen für die Produktion von Atombomben zu schaffen.

"Friedliche" und militärische Nutzung der Atomenergie können nicht voneinander getrennt werden. Wer Atomkraftwerke (AKWs) besitzt und über die Technologien zur Herstellung und Wiederaufarbeitung von Brennelementen verfügt, kann auch Atomwaffen herstellen. Das deutsche Atomprogramm arbeitete zielstrebig am Aufbau einer nuklearen Infrastruktur, die nicht allein der Erzeugung von Strom diente.

POLITIK DER NUKLEAREN AUTARKIE

In den westeuropäischen Staaten gab es ausreichende Kapazitäten zur Urananreicherung und Wiederaufarbeitung, dennoch bestand der deutsche Atomstaat auf der Errichtung eigener Anlagen. Diese ökonomisch sinnlose Politik der nuklearen Autarkie verfolgte eine militärische Option – Urananreicherung und Wiederaufarbeitung sind die beiden Schlüsseltechnologien zur Herstellung von Atomwaffen.¹ Bereits Mitte der 60er Jahre war die BRD nach allgemeiner Ansicht ein atomares Schwellenland – d.h. im Besitz der Technologie und der Produktionsstätten, um Atombomben herzustellen.

Dass sie im Verzicht auf Atomwaffen keine Entscheidung für die Ewigkeit sahen, hatten führende deutsche Politiker nie verborgen. Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) erklärte 1957: "Jeder Verzicht wird unter der Voraussetzung ausgesprochen, dass von Zeit zu Zeit zu prüfen ist, ob die Voraussetzungen, unter denen dieser Schritt erfolgt ist, noch

zutreffen.... Um ganz offen auszudrücken, woran ich denke – aber nicht nur ich, sondern viele meiner Freunde: Das ist eine europäische Atomstreitmacht." Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) legte bei einer Pressekonferenz im gleichen Jahr auch schon konkrete Pläne vor: "Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen."

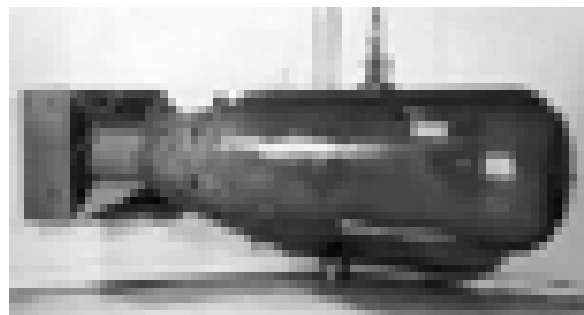
Die Hiroshima-Bombe war ihrer Sprengkraft nach eine solche "taktische" Atombombe. Dass Deutschland kaum mehr als zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg solche Waffen erwerben wollte, löste insbesondere in den überfallenen Staaten beträchtliche Besorgnis aus, zumal die BRD ja Gebietsansprüche gegen ihre östlichen Nachbarstaaten stellte. Die sowjetische Regierung befürchtete, eine deutsche Atombewaffnung würde die internationale Lage verschärfen

UMSTRITTENER ATOMWAFFENSPIERRVERTRAG

Doch auch die USA waren an einer deutschen Atombewaffnung nicht interessiert. Neben der BRD bemühten sich auch eine Reihe weiterer Staaten um Atomwaffen. Die Verbreitung von Atomwaffen (Proliferation) hätte einen zentralen Bestandteil der US-Militärmacht entwertet und Militärinterventionen wesentlich gefährlicher gemacht. Von anderen Staaten einen Verzicht auf Atomwaffen zu verlangen, während der NATO-Staat BRD sich solche Waffen verschaffte, hätte beim damaligen internationalen Kräfteverhältnis wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. So schlossen die USA in dieser Frage ein taktisches Bündnis mit der UdSSR und hoben 1967 den Atomwaffensperrvertrag (ASV) aus der Taufe.

Die nationalistische Rechte in der BRD tobte, Strauß sprach von einem "neuen Versailles." Eingebunden in das Bündnis-system des "Kalten Krieges", hatte die BRD keine Möglichkeit, ihre Unterschrift

unter den ASV zu verweigern. Doch die SPD/FDP-Regierung tat alles, um "deutsche Interessen" zu wahren. Bundeskanzler Willy Brandt trat vehement für die "friedliche" Nutzung der Atomenergie und den Austausch nuklearer Technologien ein. Die BRD konnte eine entsprechende Passage im ASV durchsetzen, was später die Exporte der deutschen Atommafia ermöglichte.



Brandt setzte auch einen Sonderstatus für die BRD durch. Während andere atomare Schwellenstaaten sich Inspektionen durch die Atomkontrollbehörde IAEA unterziehen mussten, wurde die deutsche Atomwirtschaft durch die europäische Behörde Euratom kontrolliert, in deren Statuten nichts von einer Beschränkung auf zivile Zwecke steht. Die atomare Bewaffnung der BRD in einem europäischen Bundesstaat wurde ausdrücklich gestattet. Dennoch stimmten 1974 bei der Ratifizierung des ASV im Bundestag 90 CDU/CSU-Abgeordnete mit Nein, unter ihnen eine Reihe späterer Minister unter Kohl (Zimmermann, Wörner, Kiechle). Mit der Begründung, er "verbiete die Atombewaffnung der Bundeswehr", lehnte die bayrische Landesregierung den ASV im Bundesrat ab.

BOMBENGESCHÄFT ATOMEXPORT

Die zentrale Figur des militärischen Atomprogramms war Strauß, bis zu seinem Tod 1988 der wohl bedeutendste Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Der deutschnationale Flügel der CDU/CSU um den langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Nazi-Nostalgiker Alfred Dregger befürwortete eine Atombewaffnung der Bundeswehr auch ohne Einbindung in ein westeuropäisches Militärbündnis. Andere Strömungen der CDU/CSU wollten, ebenso wie weite Teile der SPD und FDP, auf nationale Alleingänge verzichten, streb-

ten aber eigene Atomwaffen für eine in ein westeuropäisches Militärbündnis eingebundene Bundeswehr an.

Die SPD/FDP-Regierungen unter Brandt und Schmidt trieben die Politik der nuklearen Autarkie weiter voran. In den 70er Jahren wurde die Atomindustrie massiv ausgebaut, die deutsche Atommafia exportierte in eine Reihe von Staaten, die selbst an der Atombombe bastelten. Deutsche Atomexporte trugen unter anderem zur Atomrüstung der Militärdiktaturen Pakistans, des Irak, Argentiniens, Brasiliens, Südkoreas und wahrscheinlich auch des südafrikanischen Apartheidregimes bei. Die US-Regierung bezeichnete dies als "skrupellosen Kommerzialisierung auf Kosten der Nichtverbreitungspolitik" und versuchte, durch politischen Druck solche Geschäfte zu verhindern - meist ohne Erfolg.

In den meisten Fällen stoppte glücklicherweise der Übergang zur Zivilherrschaft den militaristischen Größenwahn, "nur" Pakistan wurde zur Atommacht. Dennoch waren die Atomexporte ein Bombengeschäft - allein am brasilianischen Atomprogramm verdienten deutsche Konzerne vier Milliarden DM. Eine Reihe von Indizien wie die Existenz dubioser binationaler Forschungsteams sprechen dafür, dass bei der Kooperation mit Staaten, die ein militärisches Atomprogramm betrieben, auch ein Austausch von Erfahrungen und Forschungsergebnissen stattfand.

DER ATOMARE KREISLAUF SCHLIEBT SICH

Unterdessen war 1971 in Karlsruhe die erste deutsche Wiederaufbereitungsanlage (WAA) fertig gestellt worden. Dass ein Staat, der keine Atomwaffen besaß, eine WAA baute, war, vorsichtig ausgedrückt, ungewöhnlich. Dass nur die BRD und später Japan dies taten, spricht wohl für sich. Die WAA Karlsruhe ist mit einer Kapazität von 40 Tonnen pro Jahr relativ klein, für eine reine Forschungseinrichtung aber doch wieder etwas überdimensioniert. Das in Karlsruhe verwendete PUREX-Verfahren hatte zuvor nur militärischen Zwecken gedient. Bei der Debatte um den Sicherheitsbericht mussten die Betreiber einräumen, dass es billigere, schnellere und ungefährlichere Technologien zur Wiederaufarbeitung gegeben hätte. Warum sie sich dennoch für das PUREX-Verfahren entschieden hatten, verriet sie nicht.

Die WAA Karlsruhe war ein Gemeinschaftsprojekt der wichtigsten Konzerne der Atommafia, unter denen Siemens und

die Hoechst AG die Führung hatten. Die gleichen Firmen waren auch Träger des Hanauer Atomkomplexes, eines Verbundes von Firmen der Plutoniumwirtschaft, und beteiligten sich an den militärisch genutzten Plutoniumkraftwerken ("Schnelle Brüter") Frankreichs.

Da die Kapazitäten der WAA Karlsruhe für eine Atombombenproduktion in großem Maßstab unzureichend waren, sollte noch eine Anlage mit etwa der zehnfachen Kapazität errichtet werden: die WAA in Wackersdorf. Die Kosten der WAA wurden auf 10 Milliarden DM geschätzt, die Wiederaufarbeitung im westeuropäischen Ausland hätte höchstens die Hälfte gekostet. Doch zur Verwunderung des *manager-magazins* verkündete Salander, der Beauftragte des harten Kerns der Atommafia, dass die WAA "letzten Endes keine Preisfrage" sei.

1989 gab die Kohl-Regierung jedoch überraschend den Verzicht auf die WAA bekannt. Es hatte massiven Widerstand gegen den Bau der WAA gegeben, aber die Ende der 80er Jahre bereits wesentlich schwächere Anti-AKW-Bewegung hätte das Projekt nicht verhindern können. Der Verzicht auf die WAA war eine politische Entscheidung gegen eine deutsche Atombewaffnung. Mitte der 90er Jahre folgte die Stilllegung eines großen Teiles des Hanauer Atomkomplexes.² Da das militärische Atomprogramm nie offen eingestanden wurde, lassen sich die Hintergründe für diesen Verzicht nur aus Entwicklungen und "deutschen Interessen" der damaligen Zeit ableiten.

Kohl hatte in den 80er Jahren in der CDU die Westorientierung durchgesetzt und den harten Kern der Deutschnationalen entmachtet, damit war klar, dass es eine deutsche Atombewaffnung nur in Absprache mit den westeuropäischen Verbündeten geben würde. Ende der 80er Jahre war das Ende des "Kalten Krieges" absehbar. Damit war auch absehbar, dass Atomwaffen an Bedeutung verlieren würden. In der Konfrontation mit dem Stalinismus waren sie die ultimative Waffe, ihren Einsatz als Gefechtsfeldwaffe bei "humanitären" Interventionskriegen dagegen hätte auch der geschickteste NATO-Propagandist nicht verkaufen können.

EUROPÄISCHE STATT DEUTSCHE ATOMBOMBE

Zudem wurde in der politischen Umbruchsituation recht genau beobachtet, ob die BRD an der Integration in die westlichen Bündnisysteme festhalten würde. Der Bau einer deutschen Atom-

bombe hätte nach dem Anschluss der DDR zu unabsehbaren internationalen Komplikationen geführt. Frankreich und Großbritannien waren über die nuklearen Ambitionen der BRD nie allzu begeistert. Eine atomar bewaffnete und ökonomisch überlegene BRD hätte das relative Machtgleichgewicht in der EU kippen lassen. Wesentlich erfolgsversprechender für die angestrebte Weltmachttrolle ist der Versuch, die deutsche Position in der EU weiter auszubauen und eine Teilhabe am Atomarsenal der EU-Staaten Großbritannien und Frankreich anzustreben.³

Trotz ihrer gewaltigen militärischen Überlegenheit hält die NATO an der Option eines atomaren Erstschlages, mittlerweile sogar gegen "substaatliche Akteure" (Milizen oder "Terroristen"), fest. Eine gemeinsame Nukleardoktrin der im Aufbau befindlichen EU-Streitkräfte gibt es, soweit öffentlich bekannt, noch nicht. Dass es bei den Verhandlungen über eine eigenständige EU-Militärmacht auch um Einsatzbedingungen und Verfügungsgewalt für die EU-Atombomben gehen wird, kann aber vorausgesetzt werden. Zweifellos wird Deutschland den Finger mit am Drücker haben wollen.

Harry Tuttle

¹ Natürliches Uran enthält zu wenig schwere Isotope, um eine Kettenreaktion zu ermöglichen. Durch Anreicherung in einer Zentrifuge wird der Anteil der schweren Isotope erhöht, für die Verwendung in Brennstäben für Atomkraftwerke auf etwa 3%, für Atombomben auf über 90%. Der anfallende Atom Müll, das abgereicherte Uran, wird seit den 80er Jahren von der NATO als Rohstoff für "konventionelle" Geschosse mit extrem hoher Durchschlagskraft verwendet. Plutonium, das in der Natur nicht vorkommt, entsteht bei der Kernspaltung und kann bei der Wiederaufarbeitung aus den Brennstäben von Atomkraftwerken extrahiert werden.

² Die dort errichtete Brennelementefabrik will Siemens jetzt an Russland verkaufen. Dort soll sie 34 Tonnen russisches Plutonium zu besonders gefährlichen Mischoxid-Brennstäben (MOX) verarbeiten. Statt das Plutonium durch Verglasung für die Verarbeitung zu Atombomben unbrauchbar zu machen, wird es, leicht rückholbar, in Umlauf gebracht. Wohin Russland die Brennelemente exportieren wird, ist noch nicht klar. Obwohl die Bundesregierung den Export der Siemens-Anlage wegen der Gefahr der Proliferation unterbinden könnte, gaben Schröder und Fischer grünes Licht für das Geschäft.

³ Dennoch bleibt Deutschland ein atomares Schwellenland. Solange AKWs in Betrieb und atomare Produktionsanlagen vorhanden sind, kann innerhalb weniger Monate eine Atombombenproduktion angekurbelt werden.

GLOBALE OLIGARCHIE AUF KRIEGSKURS

UNO: Imperialistische Interventionspolitik und Ausverkauf an Konzerne

Wer Macht will, spricht gern von Verantwortung. "Bei einer Erweiterung des Kreises der ständigen Mitglieder ist Deutschland zur Übernahme entsprechender Verantwortung bereit," erklärte Bundeskanzler Schröder am 6. September beim Millenniums-Gipfeltreffen der UNO. "Wir" sind wieder wer, und dies soll sich nach Ansicht der Bundesregierung durch eine ständige Repräsentation im mächtigsten Gremium der UNO, dem Sicherheitsrat, in größere weltpolitische Macht umsetzen.

Dessen ständige Mitglieder repräsentieren die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Zwar gibt die Zusammensetzung des Sicherheitsrates noch immer recht zuverlässig das globale Kräfteverhältnis wieder: Die USA sind die unbestrittene Führungsmacht, gefolgt von Frankreich und Großbritannien - die NATO vertritt ein Zehntel der Staatenwelt, hält aber drei von fünf ständigen Sitzen im Sicherheitsrat. Russland und China sind an der Sanktions- und Interventionspolitik der UNO kaum beteiligt. Sie verfügen aber über ein Vetorecht, das ihrem Status als Atom-mächten entspricht, deren Interessen nicht völlig übergangen werden können. Es "fehlen" jedoch Deutschland und Japan sowie die Atom- und Wirtschaftsmacht Indien.

Während in der bürgerlichen Demokratie wenigstens formal Rechtsgleichheit besteht, steht die "internationale Gemeinschaft" unter offener oligarchischer Herrschaft. Weit entfernt von Forderungen nach einer Demokratisierung der UN-Struktur, will die Bundesregierung endlich Teil dieser Oligarchie werden. Um einer "internationalen Gemeinschaft" auch nur näher zu kommen, müsste das Gegenteil der geforderten "Reform" durchgesetzt werden: Eine drastische Reduzierung der Macht der NATO-Staaten und eine wesentlich stärkere Repräsentation der "Dritten Welt."

Forderungen nach einer Reform der UNO-Strukturen sind jedoch ebenso richtig wie müßig. Wer in der Weltpolitik Macht ausübt, tut dies auch in der UNO, nur eine Änderung des globalen Kräfteverhältnisses wird die Machtverhältnisse in der UNO ändern. Glücklicherweise sind aber auch die deutschen Chancen auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat auf absehbare Zeit gering. Die bisherigen ständigen Mitglieder stehen einer Erweiterung des Sicherheitsrates, die ja zwangsläufig eine Reduzierung ihrer Macht zur Folge hätte, ablehnend gegenüber. Wie in

der Vergangenheit werden sie auch in Zukunft jede Reform blockieren.

"ROBUSTE" INTERVENTIONEN STATT VERMITTLUNGSMISSIONEN

Die BRD wird sich jedoch in Zukunft stärker an UN-Interventionen beteiligen. Anfang November unterzeichnete Kriegsminister Scharping in New York ein Abkommen, in dem die BRD sich zur Bereitstellung von Truppen für UN-Interventionen verpflichtet. Solche Einsätze werden in Zukunft vermehrt Kampfmissionen sein. Nach dem Scheitern der UN-Mission in Sierra Leone (UNAMSIL) forderte UN-Generalsekretär Kofi Annan, künftige UN-Missionen mit mehr und besser bewaffneten Soldaten auszustatten. Eine solche "robuste" Intervention soll in der Lage sein, widerspenstige Bürgerkriegsparteien niederzukämpfen. Der Sicherheitsrat beschloss Mitte November entsprechende Reformpläne.

Viel spricht dafür, dass das Scheitern der UNAMSIL, die ein Friedensabkommen zwischen der Regierung Tejan Kabbahs und der Vereinigten Revolutionären Front (RUF) garantieren sollte, nur der Vorwand war, um eine lange geplante Änderung der Interventionsstrategie durchzusetzen. Möglicherweise wurde es sogar bewusst provoziert. Das Friedensabkommen hatte RUF-Führer Foday Sankoh zum Minister für strategische Ressourcen gemacht, eine Regelung, die nicht nur Sankoh als Genehmigung verstand, die von der RUF kontrollierten Diamantenabbaugebiete weiter zu nutzen. Im Frühjahr aber rückten UN-Truppen ohne Absprache mit der RUF in diese Gebiete vor.

Daraufhin entführte die RUF Anfang Mai mehr als 500 UN-Soldaten - warum sie sich widerstandslos überrumpeln ließen, ist bis heute unklar. Schon eine Woche später landeten britische Truppen in Sierra Leone und führten eine Offensive Kabbah-treuer Truppen gegen die RUF. Die UNO gab dieser Offensive ihren Segen, obwohl dies das Leben der Geiseln

Die monatlich erscheinende Zeitschrift des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) berichtet regelmäßig über Themen aus Betrieb und Gewerkschaften, zur Innenpolitik und zu internationalen Themen. Im Zentrum steht dabei die Abwehr der Angriffe des Kapitals und seiner Regierung auf die Arbeiterklasse. Außerdem setzen wir uns mit der Politik der bürokratisierten Gewerkschaften, der neoliberalen SPD und der sozialistisch-reformistischen PDS auseinander.

Zu bestellen über
das zentrale RSB-Büro:

RSB, Verbindungskanal/
Linkes Ufer 20-24,
68159 Mannheim

oder e-Mail:

avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)

34,- DM

Halbjahresabo

17,- DM

Förderabo

50,- DM

Probeabo (3 Ausgaben)

5,- DM

Den Betrag bitte auf das Konto 544 904 901 bei der Volksbank Hameln-Pyrmont (BLZ 254 621 60) überweisen.

hätte gefährden können. Anders als in vergleichbaren Fällen (etwa nach der Ermordung von drei UN-Mitarbeiter durch indonesische Milizen Anfang September) verweigerte die UNO jegliche Verhandlungen mit der RUF, auch nachdem diese die UN-Soldaten ohne Gegenleistung freigelassen hatte. Seitdem beteiligt sich die UNAMSIL am Krieg gegen die RUF. Orchestriert wurde das Manöver durch die seit einiger Zeit übliche humanitäre Propaganda, gemäß der die RUF im Dienste der Menschenrechte niederkämpft werden muss.

Doch nicht nur die RUF, auch die Anhänger Kabbahs herrschen mit brutaler Gewalt. Die UNAMSIL kämpft gemeinsam mit einer bunt gemischten Truppe von ethnischen Milizen, Kindersoldaten, Warlords und Putschisten, die von etwa 400 britischen "Militärberatern" geführt wird. Trotz zahlenmäßiger und waffentechnischer Überlegenheit hat diese bizarre Koalition noch keine entscheidenden Erfolge erzielt, die Intervention hat jedoch zu Destabilisierung der Nachbarstaaten beigetragen. Zwischen Liberia, das die RUF unterstützt, und Guinea, das auf Seiten Kabbahs steht, hat es bereits Grenzwischenfälle gegeben. Es droht eine dem Kongo-Konflikt vergleichbare Internationalisierung des Krieges - ein wohl beispielloser Erfolg für eine "Friedensmission."

GESCHÄFTSSCHÄDIGENDE WARLORDISIERUNG

Der Sicherheitsrat will jetzt die Zahl der UNAMSIL-Soldaten von 13.000 auf 20.500 erhöhen. Fast die Hälfte aller weltweit stationierten UNO-Soldaten (zur Zeit 37.000 an 14 Einsatzorten) würden dann in Sierra Leone kämpfen. Diese besondere Aufmerksamkeit verdankt die RUF dem seit einiger Zeit verstärkten Bestreben der westlichen Konzerne und ihrer Regierungen, die rohstoffreichen Gebiete Afrikas wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Die britische Regierung und der Bergbaukonzern DeBeers stehen an der Spitze einer Initiative, die afrikanische Warlords vom Rohstoffexport, ihrer wichtigsten Einnahmequelle, abschneiden will. Die Kriege und die Warlordisierung Afrikas sind geschäftsschädigend geworden, sie haben die westlichen Staaten politischen Einfluss und die Konzerne Marktanteile gekostet. Insbesondere der Verlust des Kongo, dessen gewaltige Bodenschätze zur Zeit überwiegend von afrikanischen Warlords und Konzernen ausge-

plündert werden, schmerzt das westliche Kapital.

Auf dem "freien" Markt kann ein Konzern wie Oryx Diamonds aus Zimbabwe nicht um die kongolesischen Bergbaulizenzen mitbieten. Wird das Gebot durch die Präsenz von mehr als 10.000 zimbabwischen Soldaten untermauert, die wichtige Rohstoffquellen vor dem Zugriff des Bürgerkriegsgegners schützen, kann der Konzern schon eher Gehör finden. Oryx Diamonds wurde auf Druck der britischen Regierung die Zulassung zur Börse in London verweigert. In Sierra Leone versucht man nun auch mit militärischen Mitteln gegen solche unerwünschte Konkurrenz vorzugehen.

Die propagandistische Rechtfertigung dieser Politik wirkt wenig glaubwürdig, wenn sich ihre Vertreter mit Warlords verbünden um Warlords zu bekämpfen. In der UNAMSIL selbst führten wider-



sprüchliche Interessen immer wieder zu Streit. Nigerianische Generäle, deren Truppen das stärkste Kontingent stellen, sehen die Intervention vorrangig als günstige Gelegenheit für Geschäfte. Niemals zuvor war eine UN-Intervention so stark von nationaler Machtpolitik geprägt wie in Sierra Leone, und es muss befürchtet werden, dass zukünftige "robuste" Interventionen diesem Muster folgen. Und niemals zuvor diente eine UN-Intervention so stark spezifischen ökonomischen Interessen.

AUSVERKAUF AN KONZERNE

Allgemein wächst in der UNO die Macht der Konzerne. Mehr und mehr tragen sie und reiche Einzelpersonen zur Finanzierung des Budgets der UNO und ihrer Unterorganisationen bei. Die "internationale Gemeinschaft" verfügt über ein Budget von 11 Milliarden Dollar, kaum mehr als das Bundesland Hamburg - "peanuts" für die Konzerne. 1997 stiftete der US-Medienunternehmer Ted Turner der UNO die Zinsen, die sein Privatvermögen in den neun Monaten zuvor eingebracht hatte: eine Milliarde Dollar. Kurz

darauf spendete die Tennisspielerin Martina Hingis der Weltgesundheitsorganisation WHO 75.000 Dollar Preisgeld. Nur dank dieser Spende konnte die WHO ein Polio-Impfprogramm in Äthiopien durchführen. Schon Hingis' Spende warf einige Fragen auf: Warum war kein Staat der Welt bereit, diesen lächerlichen Betrag aufzubringen? Und wie hätte sich die Rate der Polio-Erkrankungen in Äthiopien entwickelt, wenn Hingis das Turnier nicht gewonnen hätte?

Bei Turners Spende dagegen ging es auch um Macht. Entgegen der ursprünglichen Zusage, die UNO könne über das Geld frei verfügen, muss jedes Projekt bei der Turner-Stiftung beantragt werden. Genehmigt werden auch dubiose Projekte wie die Schaffung eines Marktes für "Greenhouse"-Emissionspapiere, die es den westlichen Staaten erlauben, ihre in der Klimaschutzkonvention eingegangenen Verpflichtungen an ärmere Staaten zu verkaufen, statt sie zu erfüllen. Auch andere Spenden verfolgen offensichtliche wirtschaftliche Interessen. So finanzierte der US-Ölkonzern Chevron ein Ausbildungszentrum des UN-Entwicklungsprogramms UNDP für Unternehmer in Kasachstan. Chevron gehört zu den Hauptinteressenten an der Erschließung der Ölquellen Kasachstans.

Den vorläufigen Höhepunkt des Ausverkaufs der UNO an die Konzerne bildet die Initiative "Global Compact." Bislang 50 Konzerne verpflichten sich, die Umsetzung der internationalen Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu fördern. Im Gegenzug will sich die UNO für eine weitere Liberalisierung des Welthandels einsetzen, die Konzerne dürfen das UN-Emblem in ihrer Werbung benutzen. Für das vage Versprechen, dass 50 Konzerne sich an das internationale Recht halten (wozu sie eigentlich sowieso verpflichtet sind), hat sich die UNO zur Fürsprecherin des entfesselten Kapitalismus gemacht. Ob die Konzerne sich wirklich an ihre Verpflichtungen halten, wird nicht überprüft, Sanktionen bei Verstößen sind nicht vorgesehen. Die Verbindung von Konzernwerbung und UN-Symbol aber ist sicherlich ein passendes Symbol für die Machtverhältnisse in der "internationalen Gemeinschaft."

Harry Tuttle

Zehn Tage, die Serbien erschütterten

Eine neue Lage

„Gegen Milošević stimmen, seinen Sturz feiern und dann in die Opposition gehen“: Am 5. Oktober ist für alle diejenigen, die eine wirkliche „Linke“ aufbauen wollen, ein mächtiges Hindernis gefallen.

Catherine Samary*

Der ganze Tag war vor allem durch Freude und kaum durch Konfrontationen gekennzeichnet; das Polizeiaufgebot war lächerlich klein im Vergleich zu dem, was man an Demonstrationstagen in Paris zu sehen bekommt oder was vor einigen Wochen in Prag aufgefahren wurde. Gleiches galt auch für die zehn Tage seit Ankündigung eines zweiten Wahlganges: Es gab täglich Demonstrationen und Feiern, die von den spöttischen Slogans der Bewegung junger Leute aus der Otpor und ihrem Abzeichen mit der erhobenen Faust geprägt waren – „Gotov je“ – er ist futsch! Dies alles half, die Angst zu überwinden, und dies gelang umso mehr, als in der Hauptstadt kaum noch Polizeikräfte zu sehen waren.

Die zehn Tage, die Serbien erschütterten, haben die Welt wie auch die SerbInnen selbst in Erstaunen versetzt: Niemand konnte sich vorstellen, dass der starke Mann von Belgrad seine Niederlage ohne Bürgerkrieg zugeben würde. Sicherlich war Slobodan Milošević ein Machtmensch – aber kein Hitler oder Mussolini. Die vorherrschenden Beschreibungen seiner „Demokratie“ zeigten für die einen das Gesicht der Diktatur, die paramilitärischen Kräfte, die in „ethnischen Säuberungen“ zum Einsatz kamen, die Gängelung der Medien, die Gleichschaltung der Universitäten und der Gerichte, die nicht bestraften Verbrechen und das Bündnis mit der extremen Rechten (der Partei von Seselj); andere sahen vor allem den Antiimperialismus, einen tolerierten wirklichen Pluralismus, eine unabhängige Presse und eine Opposition, die die meisten Großstädte hatte erobern können, darunter im Winter 1996 auch Belgrad, was jetzt eine ziemlich effiziente Kontrolle von 90 Prozent der Wahlkreise ermöglicht hat.

Doch bei diesen Wahlen waren die Bedingungen für eine „Klassenwahl“ nicht erfüllt, und auch kein Kandidat am Rande hätte dieses Problem lösen können. Es handelte sich vielmehr um eine einfache Abwahl, an der alle Klassen teilnahmen, und die man durchaus mit der von 1987 vergleichen kann, die Milošević an die Macht gebracht hatte. Die serbische de-

mokratische Opposition (DOS) sagte von sich selbst, sie sei eine sehr heterogene, eine „technische Koalition“, die vom liberalen Nationalismus über den Ultra-liberalismus bis zur Sozialdemokratie reiche, mit dem einzigen Ziel, Milošević zu schlagen. Nur die Person von Vojislav Kostunica ermöglichte die Mobilisierung so vieler Leute, die bis zum Sommer weder für Milošević noch für die Opposition in ihrem damaligen Zustand gestimmt hätten.

Weder Milošević noch NATO – und gegen die Korruption, gleich ob sie von der Staatsmacht oder den Vereinigten Staaten kommt – sodann die Hoffnung, die Isolation in Europa überwinden zu können: Das war in etwa das Profil des siegreichen Kandidaten. Die Wahlkampagne der bisherigen Staatspartei, die jeden Oppositionellen zu einem Agenten der NATO erklärte, konnte so Kostunica nichts anhaben. Die große Masse der jungen Leute und der Arbeitenden stimmten gegen Milošević. Am 4. Oktober wurden die streikenden Bergarbeiter von Kolubara von der Opposition unterstützt, während der Staat seine Truppen gegen das Streikkomitee ausrichten ließ. Es kam jedoch an diesem Tag zu Fraternalisierungen mit den Polizeikräften: Dies zeigte, was mittlerweile im Innern der gesamten Repressionskräfte passiert war – sie gingen auf die andere Seite über, was auch die geringe Polizeipräsenz am Folgetag erklärt.

Aber die Bergarbeiter, die zunächst für die Anerkennung ihrer Stimmabgabe aufgestanden waren, wandten sich nun, gleich ihren KollegInnen in vielen Unternehmen, gegen die korrupten und arroganten Direktoren, die zur Klientel der Staatspartei gehörten. Die DOS befindet sich bereits jetzt so ziemlich in der Klemme: Soll man das Recht auf Selbstverwaltung einräumen, wo doch ihr Programm nur von beschleunigter Privatisierung spricht? Die sozialen und nationalen Fragen der Föderation sind und bleiben sämtlich ungelöst. Die begangenen Verbrechen müssen abgeurteilt werden, in erster Linie von den Serben selbst. All das wird Zeit brauchen und wird nur im Rahmen einer allgemeinen Aufarbeitung aller auf dem Gebiet des

früheren Jugoslawien begangenen Untaten möglich sein.

** Die Autorin war in den Tagen nach Kostunicas Sieg in Belgrad. Sie ist Hochschullehrerin in Paris und schreibt regelmäßig für Le monde diplomatique, inprecor und andere Zeitschriften. Auf Deutsch ist u. a. ihr Buch: Die Zerstörung Jugoslawiens (Neuer Isp-Verlag) erschienen.*

Dieser Beitrag ist rouge entnommen, der Wochenzeitung unserer französischen Schwesterorganisation LCR, französische Sektion der Vierten Internationale. Die Übersetzung aus dem Französischen entnehmen wir der Inprekorr Nr. 350.



Alle Broschüren zu bestellen unter der Redaktionsadresse (S. 2).
SPD-Broschüre 2,- DM
Balkankrieg-Broschüre 3,- DM.

7. Delegiertenkonferenz des RSB:

Gegen Rassismus und Rentenklau!

Die 7. Delegiertenkonferenz des RSB fand am 18. und 19. November 2000 statt. Im Mittelpunkt der Debatten stand die aktuelle politische Lage in der Republik. Unter dem Schlagwort "Modernisierung des Standortes Deutschland" betreibt die Regierung Schröder-Fischer den neoliberalen Umbau im Interesse des Kapitals. Welche Perspektiven hat der soziale und politische Widerstand von links und von unten?

Erfreulich viele neue, junge Gesichter neben altbekannten: Die Veränderung des RSB war unübersehbar auf dieser Konferenz. Aus allen vier Himmelsrichtungen waren Delegierte und Gäste angereist, um eine Bilanz des letzten Jahres zu ziehen, die gegenwärtige Situation zu analysieren und über die weiteren Schritte unseres Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu beraten.



BILANZ

Die Vorstellung und die Diskussion des Rechenschaftsberichts der bisherigen Leitung bestimmten den ersten Teil der Tagung. Stärken und Schwächen des RSB kommen traditionell an dieser Stelle zur Sprache.

Ein politisch nicht einfaches Jahr war zu bilanzieren. Es war anfangs geprägt von einem erneuten Tiefpunkt der Entwicklung der Klassenkämpfe und der sozialen Bewegungen. Scheinbar alternativlos konnte sich die Logik der Herrschenden weiter ausbreiten und der politischen Anpassung bis in die Kreise der politischen und gewerkschaftlichen Linken die Bahn ebnen.

Erst in den letzten Monaten ist eine Belebung im außerparlamentarischen Raum zu spüren. Die vielfältigen Aktionen gegen Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus seit dem Sommer und die seit dem Herbst stärker werdende Gegenwehr gegen Rentenklau sind zu Schwerpunkten der Aktivität der GenossInnen des RSB geworden.

Als kleine Organisation versucht der RSB, jede Möglichkeit zur Stärkung eines einheitlichen revolutionär-sozialistischen Pols zu nutzen. In diesem Sinn ist der

Beitritt von GenossInnen, die aus dem Umfeld der französischen Lutte Ouvrière (Arbeiterkampf) kommen, von der Konferenz als positiver Schritt begrüßt worden.

Neoliberale Barbarei

Inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz war die Debatte über einen Resolutionsentwurf der Leitung des RSB mit dem Titel "Die 'Modernisierung des Standortes Deutschland': Anpassung oder Widerstand?". In vier Kapiteln werden die Ursprünge der neoliberalen Offensive (Kapitel 1), die "Globalisierung" und ihre Auswirkungen (Kapitel 2), die Auflösung des "Reformstaus" unter Schröder (Kapitel 3) sowie die politischen Alternativen des RSB (Kapitel 4) dargestellt.

Ein Zitat unseres verstorbenen Genossen Hans-Jürgen Schulz am Anfang des Textes bringt das Wesen der Akteure und Helfer der Strategie des Kapitals auf den Punkt: "Moderne Barbaren stehen an der Spitze der Unternehmen, des Staates, der Medien und führen oft auch die Kirchen oder Gewerkschaften. Ihr Glaubensbekenntnis ist die neoliberale Ideologie, ihre Leitlinie das rücksichtslose Streben nach Profit oder dessen Rechtfertigung."

Die "rot-grüne" Variante der "Modernisierung" setzt im Unterschied zu Thatcher oder Reagan bisher auf eine integrierende Taktik. Dies ermöglichte es der Bundesregierung, zentrale "Reformprojekte" wie "Steuerreform 2000" und "Atomkonsens" ohne größeren Widerstand durchzusetzen. Der "Umbau" der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Truppe und die "Rentenreform" als gegenwärtiges Kernstück der "Zerstörung sozialer Sicherungssysteme" stehen seitdem auf der Tagesordnung ganz oben.

Ausgrenzung und Spaltung in allen Bereichen sind im Interesse der Herrschenden. Der staatliche Rassismus, der für derzeit 4000 Abschiebehäftlinge verantwortlich ist, und das populistische Schüren von Fremdenfeindlichkeit durch die bürgerliche Politik ("deutsche Leitkultur") bestellt den neofaschistischen Gruppen und Parteien das Feld. Ihrem Terror sind bereits mehr als 100 Menschen in den 90er Jahren zum Opfer gefallen.

Alternativen

Gegen diese verheerende Entwicklung setzt sich der RSB aktuell für den Aufbau einer linken, klassenkämpferischen Gewerkschaftsströmung und einer breiten antirassistischen und antifaschistischen Bewegung ein. Darüber hinaus ist jedoch eine Sozialistische ArbeiterInnenpartei mit einem antikapitalistischen Aktionsprogramm erforderlich. Sie wird nur aus Massenkämpfen der arbeitenden Klasse entstehen können.

Nach einer ausführlichen und lebhaften Diskussion stimmte die große Mehrheit der Delegierten den durch mehrere kleinere Änderungsanträge abgerundeten Kapiteln 3 und 4 des Resolutionsentwurfs zu. Rund 63 Prozent votierten dafür, 22 Prozent dagegen, 15 Prozent enthielten sich.

Im weiteren Verlauf befasste sich die Konferenz mit der IV. Internationale, deren nächster Weltkongress in etwa einem Jahr stattfinden wird, mit der geplanten Beteiligung des RSB an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2001 sowie der Jugendarbeit. Mit der Wahl einer neuen Leitung endete eine Tagung, die sicherlich allen Beteiligten Impulse für die politischen und organisatorischen Herausforderungen der kommenden Monate gibt.

Heinrich Neuhaus

Interview zu Mumia Abu Jamal

Interview von Lenny mit Steve Bloom von der Mumia Solidaritätsbewegung in New York

F: Wie sieht die augenblickliche Rechtslage für Mumia aus? Was passiert auf den einzelnen Instanzen der verschiedenen Gerichte?

A: Etwas besser als noch vor einem Jahr, als Mumia's Antrag für ein Wiederaufnahmeverfahren vor dem Federal District Court in Philadelphia, Pennsylvania, eingereicht wurde. Das war fast ein Jahr, nachdem sein Berufungsverfahren vom Pennsylvania Supreme Court, dem obersten Gericht des Bundesstaates, abgelehnt worden war. Im Federal District Court wird der Fall vor dem Richter William Yohn verhandelt. Es gibt drei Instanzen bei den Berufungsverfahren im Bundesstaat. Jeder Beschluß von Richter Yohn zum Vorteil von Mumia wird von der Anklage vor dem U.S. Berufungsgericht angefochten werden, jeder nachteilige von der Verteidigung. Das Berufungsgericht muss sich mit dem Fall befassen. Dessen Beschluss kann wiederum vor dem U. S. Supreme Court angefochten werden. Der Oberste Gerichtshof kann aber auch beschließen, den Fall nicht zu verhandeln und damit das letzte Urteil des Berufungsgerichtes für gültig erklären.

Aber selbst wenn Richter Yohn's Urteil in jedem Fall in die Berufung gehen wird, ist es für die Aktivisten wichtig sich nicht damit zufrieden zu geben. Wir dürfen nicht einfach darauf warten wie es nun letztlich ausgehen wird. Yohn muss nämlich eine ganz wichtige Entscheidung fällen: ob neue Beweismittel für den Fall zugelassen werden oder nicht.

In der ganzen Welt ist den Menschen, die auch nur ungefähr wissen, wie Mumia's erstes Verfahren abgelaufen ist, bewußt geworden, dass wichtige Beweismittel dem Gericht nie vorgelegt wurden, dass Zeugen von der Polizei genötigt wurden, ihre Aussagen zu ändern, dass eine Zeugin sogar bestätigt hat, vor Gericht gelogen zu haben um sich selbst vor weiterer Strafverfolgung zu schützen und dass das angebliche Geständnis Mumia's wahrscheinlich von der Polizei erzwungen worden ist. Davon steht jedoch überhaupt nichts in den Prozessakten.

Richter Yohn's Gerichtssaal ist der einzige Ort, an dem all diese Tatsachen noch in die Beweisaufnahme des Falles eingehen können. Wenn Yohn erst mal sein Urteil gefällt hat, dann wird sowohl

vom Berufungsgericht wie auch vom Supreme Court nur noch die Aktenlage berücksichtigt. Leider ist Yohn gesetzlich keineswegs dazu verpflichtet neue Beweismittel zuzulassen. Mumia's Anwälte haben dies verlangt, er kann aber beschließen dies nicht zuzulassen. Deshalb sind gerade jetzt kontinuierliche Proteste und Öffentlichkeitsarbeit besonders wichtig. Wir müssen Richter Yohn klarmachen, dass die ganze Welt darauf aufpasst, was er beschließt.

F: Welcher zeitliche Ablauf läßt sich für den Berufungsprozess absehen?

A: Das ist schwer zu bestimmen. Als die Berufung im vergangenen Oktober eingereicht worden war, erklärten Mumias Anwälte den Aktivisten, dass eine erste Anhörung an Yohns Gericht gegen April, Mai, zu erwarten wäre, wobei er mündliche Ergänzungen zu den schriftlichen Rechtsanträgen beider Seiten anhören würde. Jetzt, nach mehr als einem Jahr, warten wir immer noch auf diese erste Anhörung. Teilweise wurde die Sache durch unvorhergesehene Entwicklungen der Rechtsprechung verzögert. Anfang des Jahres entschied der Supreme Court in einem Fall, der große Auswirkungen auf Mumias Berufungsverfahren hat. Yohn war damit einverstanden, dass Mumias Anwälte ergänzende Anträge stellen, die diese neue Lage berücksichtigte. Die Anklage brauchte wiederum Zeit, um darauf zu antworten und so weiter.

Dann wurden nacheinander noch vier schriftliche Anträge eingereicht. Diese kommen von außenstehenden Parteien, die nicht direkt in den Fall verstrickt sind (also weder von Mumia noch von der Anklage), die aber der Auffassung sind, dass der Ablauf für sie wichtige rechtliche Interessen berührt. Richter Yohn sagt, dass er keinen dieser Anträge von dritter Seite akzeptieren würde, aber zwei der Gruppen, die diese Anträge eingereicht hatten, haben diese Entscheidung Yohns bei höheren Gerichten angefochten, indem sie beantragten, dass er angewiesen würde, ihre Argumente zu berücksichtigen.

Das einzige, das wir im Moment sagen können, ist, dass Yohn jederzeit einen Termin für die erste Anhörung verkünden könnte und dass die Aktivisten darauf vorbereitet sein müssen.

F: Wie sieht die Lage in Bezug auf die Mobilisierung der Aktivisten aus? Welche Pläne gibt es in der Solidaritätsbewegung, besonders in der Arbeiterbewegung?

A: Über den ganzen Sommer gab es große Demonstrationen, sowohl bei den nationalen Versammlungen der Demokraten, wie auch der Republikaner (Los Angeles und Philadelphia). Bei der Demonstration in Philadelphia wurde vom Direkt Aktion Network (DAN), der wichtigsten Gruppe bei den Anti-Globalisierungs Protesten anfang des Jahres in Seattle und Washington D. C., ziviler Ungehorsam organisiert. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, weil sie Mumia's Freilassung verlangt hatten.

Seitdem die Berufung eingereicht wurde, haben Aktivisten die Mobilisierung für die erste Anhörung geplant. Wir möchten, dass Prominente und Basisaktivisten gemeinsam Richter Yohns Gerichtssaal ausfüllen und öffentlich machen. Aber wir wissen natürlich nicht, wann es soweit sein wird. Unser nächster fester Termin ist der 9. Dezember, an dem der 19. Jahrestag jener Ereignisse sein wird, die zu Mumia's Gerichtsverfahren führte. Für diesen Tag ist eine Großdemonstration in New York City geplant, es wird in den gesamten USA (und der Welt) weitere Aktionen geben. Praktisch wird für eine Aktionswoche aufgerufen, die Mumia Awareness Week, von 3.-9. Dezember. Ebenso gibt es Pläne für Proteste am 20. Januar, dem Tag, an dem der neue Präsident eingeführt wird.

Es gibt viele Aktivisten, die in der Arbeiterbewegung initiativ werden, zu unseren Stärken gehörte immer die gewerkschaftliche Unterstützung für Mumia. Zweifellos werden viele Gewerkschaften die Aktionen zum 9. Dezember unterstützen. Von Ortsvereinen und sogar von Gewerkschaftstagen sind bereits viele Resolutionen verabschiedet worden, die für eine Neuverhandlung des Falls aufriefen, Artikel in Gewerkschaftszeitungen erörterten den Fall, und so weiter.

Damals, im April 1998, während eines nationalen Aktionstages, an dem für Mumia mobilisiert wurde, führten die Hafenarbeiter an der Westküste eine eintägige Arbeitsniederlegung für Mumia an.